

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259.

Montag, den 4. November 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Orientproblem.*

1. Der Gesichtspunkt.

Es geht ein frischer Zug durch die Länder des Orients; er geht durch die Levante und durch das ganze Gebiet des Mitteländischen Meeres. Sowohl in der Türkei und in den Balkanländern, wie in Italien und Spanien, in Marokko wie Arabien, in Ägypten wie in Griechenland, überall ein neues Stürmen und Drängen. Diese Vorwärtsbewegung hat ihre allgemeinen Ursachen, die wieder im kausalen Zusammenhang stehen mit der Entwicklung Europas und der gesamten kapitalistischen Welt. Aber man ist sich dessen nicht bewußt. Man denkt nicht daran. Indem man aber immer nur die einzelne Begebenheit, das einzelne Land oder Ländchen im Auge hat, verliert man aus dem Gesichtskreis sowohl den Ausgangspunkt wie den Endpunkt, weiß nicht, woher das kommt, weiß nicht, wohin das führt.

Vor allem aber vollzieht sich diese Entwicklung innerhalb sozialer Gegensätze, die durch die vorwärtsdrängenden Kräfte erst recht verschärft und zum Aufeinanderprallen gebracht werden. Jede wirkende Kraft, jedes Sonderinteresse wird gesteigert und sucht auf Kosten der anderen sich Geltung zu verschaffen.

Diese sozialen Kämpfe sind zum Teil national oder religiös verschleiert, zum Teil offenbaren sie ohne weiteres deren Klassencharakter, oder sie vertreten die Privilegien eines Standes, oder sie tragen ein brutales und schamloses Claqueurinteresse zur Schau. Von Haus aus Kämpfe um Macht und Reichtum, werden sie zu Kämpfen um die Regierungsgewalt, um die Staatsform, um den Besitz, die sich miteinander verflechten, so daß z. B. der Parlamentarismus, der den Volkmassen die Wege ebnet, zugleich dem Konzessionar dient und unter dem Schutze des Privateigentums kapitalistische Landesexpropriationen durchgeföhrt werden.

Dazu die äußeren Einflüsse. Die Diplomatie der Großmächte mit ihrer Rivalität der Interessen; die Hofintrigen von Petersburg, Berlin, Wien und Rom, die in der Orientpolitik häufig genug Wege einschlagen, die mit der Politik der respektiven Regierungen nicht übereinstimmen; die europäische Bankokratie, die bald Konfessionen bildet, die ein gemeinsames Interesse vertreten, dann wieder sich gegenseitig den Boden abzugraben sucht, die Regierungen gegeneinander aufhetzt, auf einen europäischen Krieg hinarbeitet, die aber auch gelegentlich sich von den Regierungen trennt, um auf eigenen Wegen ihre Wetteroberungspläne durchzuführen; das Industrie-ritterium der einzelnen kapitalistischen Länder mit der es zerstörenden Konkurrenz, das in Europa die von den Völkern verfluchten Schutzzölle geschaffen hat und jetzt im Orient ein System der Monopole und Konzessionen aufzubauen sucht.

Diese Einwirkungen von außen mischen sich in die inneren Zerwürfnisse ein, stützen die einen, bekämpfen die anderen, spielen das eine Sonderinteresse gegen das andere aus, wechseln die Partei je nach der Gelegenheit, treten bald revolutionär bald reaktionär auf, konspirieren mit der Regierung und konspirieren gegen die Regierung, sind mit der Türkei und auch gegen die Türkei, schaffen Bündnisse und schaffen Feindschaften, schüren den Fanatismus, hegen die Nationen auf, drängen überall ein, lassen kein Mittel der Intrige unbenutzt, streuen Geld nach allen Richtungen, kaufen Minister und kaufen Mordmörder, verwenden Lockspitzel, Emissäre und Bomben.

Nun denke man sich noch um dieses Chaos herum das verworrene Netz der politischen Beziehungen Europas, den Wust geschichtlicher Traditionen, die überlieferten Gesühle des nationalen und religiösen Habers, die wie Koff in dieses furchtbare Gemenge von Völkern sich eingefressen hat, die ungezählte Jahrhunderte nebeneinander wachen und ebenso lange miteinander hadern, und gebe dem Ganzen eine große Dosis wesentlicher Dummheit hinzu, — dann wird man begreifen, warum diese Entwicklung durch Eruptionen sich äußert, über Revolutionen und Kriege ihren Weg geht.

Gewiß gibt es hemmende Kräfte des Fortschritts im Orient. Doch ist es falsch und ungerecht, ausschließlich die Türkei dafür verantwortlich zu machen. Die Türken selbst sind überdies lange nicht mehr, was sie einst waren. Sie haben sich geändert, ihre Staatsform hat sich wiederholt geändert, und geändert haben sich vor allem die sozialen Bedingungen ihrer Existenz. Daß sie sich unfähig gezeigt haben, die Revolution von 1908, die so vielversprechend

begonnen hatte, mit Energie durchzuführen, ist gewiß eine große Schuld; aber auch diese Unfähigkeit und der Verrat der Revolutionäre sind das Ergebnis der sozialen Zersetzung, die der Revolution voranging. Besonders aber war die Stagnation im Orient bedingt durch jenen Widerstreit der Kräfte und jene freßende Einmischung von außen, die ich oben skizziert habe.

Will man einen Ausweg aus diesem blutigen Chaos finden, so muß man deshalb die Orientfrage vor allem als europäische und als kapitalistische Problem auffassen. Man muß sie vom romantischen Schleier der religiösen, nationalen und politischen Überlieferungen befreien und im nüchternen Lichte des kapitalistischen Geschäftsinteresses und der sozialen Zersetzung, die der Kapitalismus schafft, betrachten.

Dies ist der Gesichtspunkt, von dem aus ich meine Untersuchung führen will.

Da der Zusammenstoß zwischen den Balkanstaaten und der Türkei im Vordergrund des Interesses steht, will ich zunächst zeigen, wie die Balkanvölker von ihren Befreiungskämpfen zu den jetzigen Eroberungsplänen ihrer Regierungen gekommen sind. Ich will dann die Triebkräfte der inneren Entwicklung des Osmanischen Reichs klarlegen, die Einflüsse, die die Hochfinanz und das europäische Industriekapital in ihm gewonnen, die soziale Zersetzung, die sie geschaffen haben. Wir werden dann die weiteren Pläne der Bankokratie und der Diplomatie der Großmächte kennen und nach ihrem Werte einschätzen lernen. Darauf wollen wir uns darüber verständigen, wie man den Völkern des Orients den Weg zum Fortschritt und zur Eintracht freilegen könnte. Parvus.

Der Balkankrieg.

Die Türken wollen infolge eines Umgehungsmanövers bei Wija den Bulgaren erhebliche Niederlagen beigebracht und sie auf Bunar-Hissar zurückgeworfen haben. Andererseits melden dagegen die Bulgaren, daß sie die Türken in einer Schlacht bei Lule Burgas-Wija zurückgeschlagen haben und letztere sich auf Tschorlu zurückziehen. Es ist sicher anzunehmen, daß die Türken den Bulgaren hier und da noch einige Schlappen beibringen, die sie dann zu großartigen Siegen aufbauen. Letzten Endes aber scheinen die Bulgaren doch Sieger zu bleiben.

Selbst wenn es aber wirklich den Türken gelingen sollte, bei Bunar-Hissar nennenswerte Erfolge zu erzielen, so dürfte ihnen das nicht viel nützen. Ist es doch den Bulgaren gelungen, die jüdisch von Tschorlu am Marmarameer liegende türkische Stadt Rodosto zu besetzen. Damit gefährden sie aber die türkischen Positionen außerordentlich.

Türkische Truppen wollen jetzt anscheinend in Bulgarien einfallen. Sie haben im bulgarischen Hafen Burgas Truppen gelandet. Wie groß die Truppenzahl ist, darüber wird nichts gemeldet. Adrianopel wird gegenwärtig bombardiert. Seit Freitag früh wird die Stadt beschossen. Zur Hälfte soll dieselbe unter Wasser stehen und von Aeroplanen aus mit Bomben besetzt werden. Die von Tschorlu aus operierende Ostarmee drängt dem Feinde erfolgreich nach. Der Weg nach Saloniki scheint so gut wie offen zu stehen. Die in der Umgebung von Tschorlu angelangte bulgarische Hauptarmee ist dem Feinde hart auf den Fersen.

Bei Saloniki stehen die osmanischen Truppen in einer Schlacht mit den Griechen. Die Serben sind nur 20 km von Saloniki entfernt.

Die Einnahme von Pritzard durch die Serben wird amtlich bestätigt. Ein Teil der serbischen Armee vereinigte sich mit den Montenegrinern.

In der Nähe von Prilep, das von den Serben genommen wurde, soll eine Vereinigung serbischer Truppen mit dem griechischen Heer erfolgen.

Im Nordosten von Skutari wollen die Türken die Montenegriner geschlagen haben. — Die Beschließung von Skutari dauert an.

Die Großmächte treffen gegenwärtig Maßnahmen, die Aufsehen erregen. Ohne auf die Sache selbst einzugehen, wollen wir heute eine der eingegangenen Meldungen wiedergeben:

Wie mitgeteilt wird, haben die zurzeit im Mittelmeer befindlichen drei deutschen Kreuzer „Hertha“, „Sivetta“ und „Geyer“ Befehl erhalten, sich zum Schutz von Leben und Eigentum der Deutschen in die türkischen Gewässer zu begeben. Außerdem ist die Entsendung von zwei weiteren Kreuzern aus Kiel beabsichtigt. — Der Panzerkreuzer „Goeben“ und der kleine Kreuzer „Breslau“ sind mit der Einnahme von Proviant und Munition beschäftigt. Wie verlautet, werden die Schiffe bereitgemacht, binnen 24 Stunden in See zu gehen. Eine Sonderausgabe der „Evening News“ meldet, daß auf der Werft der sechsten Zerstörerflottille große Tätigkeit

herrsche. Die Zerstörer seien bereit, in See zu gehen. Es verlautet, daß die Seeleute und Offiziere an Bord berufen wurden, und daß die Flottille Sonntag nacht mit versiegelter Order abgefahren ist. — Große Aufregung herrscht in Chatham infolge der Austellung zahlreicher Telegramme der Admiralität, durch die auf Urlaub befindliche Offiziere und Mannschaften an Bord der Schiffe zurückberufen werden. Ebenso wie für Chatham sind auch für die Häfen Devonport und Plymouth sämtliche Offiziere und Mannschaften der Schiffe von Urlaub zurückberufen. Die siebente Torpedozerstörer-Flottille und verschiedene andere Schiffe sollen am Sonntag und Montag von Devonport und die fünfte Zerstörerflottille am Montag von Plymouth abgehen. Man glaubt, daß sämtliche Schiffe nach dem nahen Osten bestimmt sind.

Es verursacht in Wien große Beunruhigung, daß die Mächte zu der Überzeugung gekommen sind, bei einer Bedrohung der europäischen Kolonien in der Türkei mit den Stationschiffen nicht auszukommen. Obgleich Nachrichten noch nicht vorliegen, ist man überzeugt, daß außer dem Kreuzer „Maria Theresia“, der nach Saloniki abgegangen ist, noch andere Kriegsschiffe schon heute abend nach Konstantinopel abdamplen werden.

Nach einer heute morgen aus Konstantinopel eingegangenen Meldung sind die türkischen Truppen gezwungen, sich auf die letzte Verteidigungslinie vor der türkischen Hauptstadt, auf die Tschatalja-Linie, zurückzuziehen. Das ist das Ende vom Liede. Und deshalb ersucht die Pforte nach einer weiteren Nachricht aus der türkischen Hauptstadt die Großmächte, die Friedensvermittlung in die Wege zu leiten.

Die Steuerung.

Zu schweren Kämpfen zwischen Großkapital und Kleingewerbe hat die Fleischsteuerung in Oberösterreich geführt. Die Donnersmarkhütte, ein Industriewerk des 253 Millionen schmeren Fürsten gleichen Namens, läßt fremdes Fleisch hereinbringen und gibt es den Arbeitern zum Selbstkostenpreise ab. Die Fleischmeister der Gegend führen diese Sozialpolitik des fürstlichen Werkes auf die Absicht zurück, keine höheren Löhne zu geben, wie es nötig wäre und haben in einer Konferenz mit dem Bürgermeister von Zabrze festgestellt, daß die Hütte bei diesem Verfahren monatlich nur 1200 Mark zusehen brauche — für sie eine Kleinigkeit — und damit das ganze Fleischergewerbe ruiniere! So wird der konservative Fürst zum Vernichter des Mittelstandes, weil — die Agrarier Zölle und Einfuhrschwierigkeiten in exorbitanter Höhe erhalten wollen. Seht ihr die Handwerkskammer helfen, um die sich das fürstliche Werk natürlich den Teufel scheren wird. Wenn also demnächst der Gerichtsvollzieher bei den oberösterreichischen Fleischern einzieht, dann ist es nicht die mittelstandsfeindliche Sozialdemokratie, die ihn schießt, sondern Herr Hahn, Herr Vertel und Herr von Donnersmark, die Oberpatrioten!

Der Bundesrat soll nach einer Korrespondenz auf Antrag Hamburgs beschließen haben, daß, wenn bei der Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande die Leber des Tieres tuberkulös ist, von der Zurückweisung des ganzen Tierkörpers abgesehen werden kann. Die Beanstandung soll sich in diesem Falle auf die Vernichtung der Organe, zu denen die tuberkulösen erkrankten Lymphdrüsen gehören, beschränken.

Die Danziger Fleischervereinigung hat einen früheren Beschluß, kein russisches Fleisch zu verkaufen, aufgehoben, und verkauft jetzt russisches Fleisch zu den vom Magistrat festgesetzten Bedingungen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Fortschritt im 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis erlebt harte Tage. Nachdem die Konservativen, die Antisemiten und die Freikonservativen bei der Nachwahl getrennt vorgehen und sich wenigstens vorläufig noch weigern, Kampf ihre Stimme zu geben, haben jetzt auch die Mittelständler strikte Wählenthaltung proklamiert. Der Bund der Handwerker veröffentlichte folgenden Aufruf:

„Durch Beschluß unserer Vertrauensmänner vom 31. Oktober dieses Jahres eruchen wir hiermit das selbständige Handwerk im 1. Berliner Wahlkreis, sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl strikte der Stimme zu enthalten. Der bisherige Vertreter des Wahlkreises hat

* Genosse Parvus, der gegenwärtig in Konstantinopel weilt, beginnt hiermit eine Artikelserie, die sich mit dem Orientproblem beschäftigt.

durch seine parlamentarische Tätigkeit bewiesen, daß er in Mittelstandsfragen niemals für die Interessen des Handwerks eingetreten ist, sondern hat stets nur für die Interessen des Großkapitals gewirkt. Das organisierte Handwerk ist daher nicht in der Lage, einem solchen Mann in Zukunft seine Stimme geben zu können und es ist deshalb Pflicht eines jeden Handwerksmeisters, unserer Parole zu folgen. Diejenigen Handwerksmeister, die infolge geschäftlicher Beziehungen von Vertretern des Großkapitals gezwungen werden, zur Wahl gehen zu müssen, bitten wir, Stimmzettel mit durchstrichenem Namen abzugeben."

Darüber wird sich nach alledem der Fortschritt wohl klar sein, daß es ohne Stichwahl nicht abgeht. Ob es ihm dann gelingt, durch irgendwelche Abmachungen die Stimmen der anderen bürgerlichen Parteien zu erlangen, erscheint auch noch einigermaßen fraglich.

Wilhelm II. in der Synagoge!

Mit süßlicher Miene berichtet die nationalitätlich-antisemitische Presse von einem Besuch, den Wilhelm II. einer neu erbauten Synagoge in Charlottenburg abgestattet hat. Und doch ist daran nichts Besonderes. Wilhelm II. hat auf seinem Gute Radzin eine Fabrik, in der Kacheln hergestellt werden, und diese Kacheln sollen natürlich auch verkauft werden. Ein Besuch des Kaisers wird in gewissen Kreisen als besondere Auszeichnung eingeschätzt, und so ist es nur begreiflich, daß findige Leute bei ihm Kacheln kaufen, in der Erwartung, daß der Kaiser dann die aus den Kacheln hergestellten Arbeiten auch besichtigen werde. Auf diese Weise kam Wilhelm II. in das Warenhaus Wertheim, in die Weinstuben von Kempinski, warum soll er also nicht auch in eine Synagoge gehen, um den mit Radziner Kacheln ausgelegten Traualtal zu besichtigen. Wenn die Antisemiten soviel Geld hätten, als sie Schulden haben, dann könnten sie sich auch ein Haus bauen und dazu Radziner Kacheln verwenden. Vermutlich würde dann Wilhelm II. sich auch diese Arbeiten ansehen, vorausgesetzt, daß die antisemitischen Unternehmer nicht aus allzu anrüchigen Elementen bestehen würden. Ein Unternehmer, der die Erfordernisse der Zeit begriffen hat, darf seine Kunden nicht nach der Religion, sondern nur nach ihrer Zahlungsfähigkeit beurteilen. In dieser zwingenden Notwendigkeit vermag auch das Geschrei der Antisemiten nichts zu ändern, wenngleich man ihren herben Schmerz verstehen kann.

Zur Verurteilung des Anstauungs-Spions.

Ein „unerhörtes Urteil“ nennt die „Post“ den vom Warschauer Appellationsgericht wegen Spionage gegen den preußischen Leutnant Dahn gefällten Rechtspruch. Die „Post“ hält den Leutnant, der verurteilt ist, weil er während seines Urlaubs in Rußland für den preußischen Generalstab Spionage getrieben haben soll, für unschuldig und bezeichnet sowohl die Rechtsprechung wie auch die Verhaftung des Leutnants als eine willkürliche. Das Gericht habe sich lediglich zum ausführenden Organ der politischen Polizei und der russischen Regierung gemacht. Die „Post“ hofft, daß die Diplomatie die Angelegenheit in die Hand nimmt, „um dem jungen preußischen Leutnant die Schrecken sibirischer Zwangsarbeit zu ersparen“. Der Fall werfe ein grelles Schlaglicht auf die russischen Zustände, die noch tiefer in asiatischer Barbarei stecken, als man manchmal wohl anzunehmen geneigt sei.

Der „Post“ kommt die Erkenntnis über die barbarischen Rechtszustände in Rußland sehr spät. Sie hätte sich schon unzählige Male entrüsten können über „unerhörte Urteile“, die gegen Arbeiter und Männer der Wissenschaft, die im Dienste der Freiheit und des Fortschritts tätig waren, gefällt wurden. Hierüber schwieg aber das konservativste Organ; vielleicht wünschte es gar solche russischen Zustände für Deutschland.

Grenzen zu!

Der Berliner Magistrat hat es abgelehnt, mit dem Pommerischen Viehverwertungs-Verband auf 5 Jahre einen Vertrag über die Lieferung von Schweinen zu schließen. Die Ablehnung wird in der Hauptsache damit begründet, daß der von den Agrariern verlangte Preis zu hoch ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ speit nun Gift und Galle und behauptet, daß der Berliner Magistrat die Öffentlichkeit hintergangen habe. Der von den Agrariern verlangte Preis entspricht den Durchschnittspreisen der Jahre, in denen das Fleisch einen höheren Preisstand aufzuweisen hatte. Wenn der Vertrag zustande gekommen wäre, dann würden die Fleischpreise nicht erheblich niedriger geworden sein. Daß der verlangte Preis nicht gerade billig ist, das muß die „Deutsche Tageszeitung“ selbst zugeben. Sie meint aber, bei der Stellung des Angebots mußte auch der Preisstand des laufenden Jahres — also der Feuerungspreis — mit berücksichtigt werden. Die Behauptung des agrarischen Blattes, daß das pommerische Schweinefleisch mindestens 28 Pfg. das Pfund billiger wäre als gegenwärtig, läßt sich nicht nachprüfen. Es ist aber anzunehmen, daß auch der Berliner Magistrat Sachverständige gehört hat, ehe er zu einer Ablehnung des agrarischen Angebots kam, ganz abgesehen davon, daß eine Bindung auf volle fünf Jahre hinaus doch immerhin ein ziemlich riskantes Unternehmen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt ihre Schimpfkanonade mit der Mahnung an die Regierung, die Grenzen wieder zu schließen. Sobald dies eintritt, dann werden allerdings die Preise erheblich über die hinausgehen, die jetzt von den pommerischen Schweinezüchtern verlangt worden sind. Aus dem Verhalten des Berliner Magistrats schließt das agrarische Blatt: „Mit Nachdruck muß betont werden, daß diese Stellungnahme des Berliner Magistrats auf das deutlichste beweist, wie grundfalsch das Vorgehen der Regierung war, den Städten ein Auslandskontingent zu öffnen, anstatt sie in erster Linie auf eine bessere Organisation des Landes hinzuwirken, was man bereits im vorigen Jahre hätte in die Wege leiten können.“

Die Agrarier wünschen also, daß ihnen die ausländische Konkurrenz vom Hals geschafft wird, dann wollen sie sich bereit erklären, den Städten Vieh zu liefern, zu einem Preise, den sie — die Agrarier — selber festsetzen und der dann auf Jahre hinaus bezahlt werden soll. Im Jargon des Bundes der Landwirte heißt das, die Versorgung des deutschen Volkes mit Fleisch sicher stellen. Das Profijt hätten einzig und allein die Agrarier.

Bedenkliches Lob.

Freiherr v. Zedlitz, der schreiblustige Führer der Konservativen im preußischen Landtag, streut der Regierung mit vollen Händen Lob für die Anwendung des Enteignungsgesetzes gegen die Polen. Besonders angenehm wird es der Regierung kaum sein, gerade von dieser Seite gelobt zu werden. Freiherr v. Zedlitz geht aber noch weiter. Das Vorgehen der Regierung kann seiner Ansicht nach „auf die deutsche Bevölkerung in den zweisprachigen Landesteilen nicht anders als ermutigend und stärkend wirken, während es auf der anderen Seite geeignet ist, der polnischen Bewegung einen heilsamen Dämpfer aufzusetzen.“

Für jeden denkenden Menschen, dem der Hakatismus nicht jede Überlegung genommen hat, ergibt sich genau die gegenteilige Folgerung. Aber es stimmt schon, was dem edlen Oktavio v. Zedlitz dieser Tage von bürgerlicher Seite gesagt wurde: er schreibt zu viel und liest zu wenig!

Freigesprochen,

weil die Genehmigung des Reichstags fehlte.

Gegen den konservativen Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Labiau-Wehlau, Oberst v. Massow-Parnehn, war das Strafverfahren wegen Beleidigung des Lehrers Gädke eingeleitet worden. Er hatte im Wahlkampfe dem Lehrer zum Vorwurf gemacht, er sei undankbar, da er gegen ihn agitierte, obwohl er ihm die Teilnahme an einer Seereise des Flottenvereins ermöglicht habe. Auch habe er manjändig gehandelt und das Herz der Kinder vergiftet. Oberst v. Massow wurde vom Schöffengericht zu 60 Mk. Strafe verurteilt, doch die Berufungskammer in Königsberg, hob das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung, weil — die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung gerichtlichseits nicht eingeholt worden war.

25 Millionen für Zwecke der Landeskultur in Preußen.

Die preußische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der einen Kredit von 25 Millionen zur Förderung der inneren Kolonisation vorsieht. Es sollen verwendet werden 12 Millionen für Kultivierung der fiskalischen Hochmoore in Ostfriesland, 10 Millionen für erweiterte Stammeinlagen des Staates bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg, sowie für Erhöhung des Zwickelkredits, der zwischen dem Ankauf des Guts und seiner Befriedigung gewährt wird. Weitere 3 Millionen, die in der Kreditvorlage enthalten sind, würden für die Domänen in Frage kommen, die mehr als bisher zur Aufteilung und zur Ansiedlung von Landarbeitern herangezogen werden sollen.

Dann soll in Verbindung mit der Kreditvorlage zu erwarten sein, daß die Beleihung der Rentengüter, die sich jetzt auf 75 Proz. des Wertes stellt, auf 90 Proz. des Wertes erhöht wird.

Die Vorlage soll dem Landtage noch vor den Weihnachtstagen zugehen.

Eine Tiobspost aus Deutsch-Ostafrika.

Wie der „Kolonialen Korrespondenz“ aus Tanga gekabelt wird, herrscht nach den Feststellungen der Seuchenkommission, bestehend aus dem veterinärärztlichen Bakteriologen des Gouvernements Dr. Wölfler und mehreren Tierärzten unter Hinzuziehung von Dr. Schönig und Dr. Höring in Umbugwe und Sü-Umbuku die Kindepest. Es werden Maßnahmen getroffen, um eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern. In den Kulturbürokraten am Kilimandscharo und am Meruberge ist mit der Durchimpfung des gesamten Viehstandes begonnen worden. Es fehlt jedoch an genügenden Mengen von Serum, das großen Teils erst aus Südafrika bezogen werden muß.

Umbugwe liegt an der Südwestecke des Bezirkes Mosaji am Fuße des Hochlandes von Iraku, etwa 150 Kilometer westwärtlich von Uruiha. In den Jahren 1890/91, als die Kinderpest sich nahezu über ganz Ostafrika verbreitet hatte, wütete sie gerade in dieser Gegend unter den zahlreichen Herden der Massai besonders heftig. Etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung dieses Stammes starben damals eines elenden Hungertodes, denn die Massai sind gewöhnt, fast ausschließlich von Milch und Fleisch ihrer Viehherden zu leben.

Gegen den Kultur-Konservatismus

wehrt sich die „Kreuzzeitung“ mit Händen und Füßen. In ihrer letzten Wochenrundschau erklärt sie:

„Wenn gute Freunde und getreue Nachbarn mit allerlei Hatzschlägen hervortreten, um der konservativen Partei durch eine „Reform“ aufzuhelfen, so müssen wir für solche Hilfeleistung höchlichst danken. Wie es ganz entschieden abgelehnt werden mußte, dem sogenannten Kultur-Konservatismus bei uns eine Stätte zu bereiten, so wird auch die Bemühung, die Prärie vom fortschrittlichen Konservatismus bei uns einzubürgern, vergeblich sein.“

Die „Kreuzzeitung“ versichert, die Konservativen seien schon fortschrittlich genug genant und brauchen keinen Konservatismus, der sich ausdrücklich fortschrittlich nennt. Zum Beweise dessen führt sie einige Gesetze, u. a. die preußische Steuerreform, an, die ja zeigten, wie der Konservatismus für berechtigten Fortschritt arbeite. Ein paar Zeilen weiter allerdings wird mit großem Nachdruck betont, daß die konservative Fraktion sich dem Drängen nach einer Wahlrechtsreform mit aller Kraft widersetzen werde. Das seit mehr denn 60 Jahren bestehende Klassenwahlrecht entspreche vollkommen dem Ideal der konservativen Partei. — Womit bewiesen ist, daß die konservative Partei wirklich eine fortschrittliche und eine Kulturpartei ist.

Ankünd.

Die **Dumawahlen**. Bis gestern Mitternacht waren 227 Dumawahlen bekannt. Darunter befinden sich 88 Mitglieder der Rechten, 8 der gemäßigten Rechten, 28 Nationalisten, 44 Oktoberisten, 7 Fortschrittler, 5 Sozialdemokraten, 24 Radikalen, 5 unparteiische Kreise, 10 pol-

nische Demokraten, 3 Polnisch-Litauer der Weiß-Rassen-Gruppe, 1 litauischer Nationalist, 3 muslimanische Nationalisten und 1 unparteiischer Pole.

Ein Attentat auf den russischen Thronfolger?

Durch die Presse ging kürzlich die Mitteilung, daß der russische Thronfolger ernstlich erkrankt sei. Wir lesen nun in der „Berl. Volksztg.“ hierüber: „Die rätselhafte Erkrankung des russischen Thronfolgers ist schon von verschiedenen Seiten als die Folge eines Attentats auf den achtjährigen Knaben bezeichnet worden. Wie wir dazu von einer soeben aus Rußland zurückgekehrten, durchaus vertrauenswürdigem Persönlichkeit erfahren, trifft diese Vermutung zu. Der jugendliche Großfürst ist auf der Fahrt „Standard“ von einem Revolutionär, der als Matrose verkleidet war durch einen Pistolenschuß verwundet worden. Es gelang dem Attentäter, in einem bereit gehaltenen Boote in der Verwirrung, die auf die Tat folgte, zu entkommen. Nur so erklärt sich die panikartige Verstärkung, die nach der „Erkrankung“ des Thronfolgers am Jarenhase herrschte. Die Meldung von dem Attentat ist umso wahrscheinlicher, als, wie man sich erinnern wird, gleichzeitig mit der Nachricht von der Erkrankung des Thronfolgers die Mitteilung von dem Selbstmord des Kommandanten des „Standard“ eintraf. Gerade an diesem Tage verschlimmerte sich auch das Befinden der Kaiserin erheblich.“

Wir geben diese Mitteilungen wieder in der sicheren Erwartung, daß ihr ein Dementi folgen wird. Wir bemerken aber schon jetzt, daß dieses zu erwartende Dementi die Wahrheit der mitgeteilten Tatsache nicht erschüttern kann.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 4. November.

Kinderschulskommission. Die Adressen der Mitglieder der Kommission lauten jetzt:

- F. Kieckhoff, Vorsitzender, Voigtstr. 18, Stb. I.
- Frau Mehlich, Gr. Bauhof 7.
- Burmeister, Wötkerstr. 13.
- Niendorf, Düvelnstr. 14.
- Henze, Warendorferstr. 66, II.
- Böttcher, Warendorferstr. 19, part.
- Faestel, Warendorferstr. 1/3, I.
- Kleinfeldt, Warendorferstr. 8, I.
- Wiß, Langer Lohberg 51, II.
- Schlomer, Schwartauer Allee 96.
- Schröder, Werderstr. 19, III.
- Engel, Stenwigstr. 24a, part.
- Danz, Stenwigstr. 5a.

Arbeitersekretär F. Mehlert, Johannisstr. 48.
Gewerkschaftsbeamter G. Radde, Johannisstr. 48.

Alle Fälle von Kinderausbeutung, Vernachlässigung und Mißhandlung werde man den Mitgliedern der Kommission, insbesondere dem Vorsitzenden.

Die Kinderschulskommission.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 11. November, abends 6 Uhr, statt.

Zahl! Schnigeld! Das für Schüler der sämtlichen städtischen Schulen für das 3. Vierteljahr 1912/13 (Michaelis bis Weihnacht) lt. Schulgebühren zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom 1. bis 15. Novbr., werktäglich von 9—1 und von 3—5 Uhr bei der Kasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4, zu entrichten.

Das **Schwurgericht** begann heute vormittag unter Vorsitz des Landgerichtsrats Schrader seine Verhandlungen. Als erster Angeklagter hat sich der Flußschiffer und Zimmermann Stühff aus Lübeck wegen Brandstiftung und Betrugsversuchs zu verantworten. Zur Verhandlung sind 25 Zeugen und Sachverständige geladen. Von der Verteidigung wurden 6 Geschworene abgelehnt. Stühff ist 49 Jahre alt, war lange Jahre Flußschiffer mit eigenem Schiff und später Steuermann und zog im vorigen Jahre nach Klein-Schretstaken, weil der niedere Wasserstand ihm keine Arbeitsgelegenheit mehr bot. In Schretstaken wohnte er im Hause eines Händlers Schmid mit dem Zigarrenmacher Claasen zusammen. Stühff hatte die Absicht, das Gebäude als Eigentum zu erwerben; er stand von dem Plan jedoch ab, weil ein Altenteilsrecht im Grundbuch verzeichnet war. In der Brandnacht am 25. Februar 1912, war Stühff gerade um die Zeit allein im Hause, als das Feuer ausbrach. Die Kinder hatte er nach dem etwa 2 Kilometer weit entfernten Niendorf an der Stecknig geschickt, um Rum zu holen. Die Claasenschen Eheleute waren außer Hauses gegangen und Frau Stühff war ebenfalls nicht in der Wohnung. Stühff hatte nun gerade den Unfall bekommen, einen Brief zu schreiben, als er allein war. Die Schreibmaterialien lagen in der Kommode, auf die er nun die brennende Lampe stellte, um besser nach den Sachen kramen zu können. Nun soll es auf einmal einen Knall gegeben haben; das Wasser pläzte und in wenig Minuten brannte die Kommode lichterloh. Im ersten Schrecken griff Stühff nach einem Kässchen, in dem die Versicherungspapiere enthalten waren, und rannte hinaus. Als er nach einem Augenblick wieder hineingehen wollte, war die Kammer in Qualm und Rauch gefüllt, sodaß an eine Rettung weiterer Sachen nicht mehr zu denken war. Stühff schlug die Tür zu, damit sich der Brand vorerst nicht weiter verbreite. Das nächste was er tat war nun, joviell Werkzeug herauszuschaffen, wie nur möglich war. Überan diesem Werkzeugwerk hinderte ihn seine Frau, die mittlerweile gekommen war und die, weil nervenkrank, jetzt seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Mit Hilfe der Nachbarn und der hinzugekommenen Feuerwehr wurde versucht, die Möbel des Mitbewohners Claasen zu retten. Währenddem fing auch die Scheune nebenan Feuer, in der Stühffs Handwerkszeug und Ackergerätschaften aufbewahrt hatte. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten entgegen, das Auffallende an dem ganzen Vorgang sei, daß Stühff bei dieser Lampenexplosion erstens keine Brandwunden erlitten habe und zweitens der erste Griff den Versicherungspapiere gegolten habe, die zudem noch auf einen Betrag lauteten, der weit über dem wirklichen Wert des Mobiliars liege. Sonderbar sei auch, daß die Kinder den Rum in einem zwei Kilometer entfernten Ort holen mußten, während doch die Gelegenheit dazu viel näher gelegen habe. Auf den letzteren Vorhalt erklärt Stühff, daß er früher jene Gastwirtschaft selbst besessen habe und aus Anhänglichkeit dem Manne etwas habe zukommen lassen. Seine Möbel seien mit 5000 Mk. nicht zu hoch versichert gewesen. Eine Zusammenstellung bei der Neuversicherung hätte sogar die Summe von 6500 Mk. ergeben. Einen Wechsel der Versicherungsgeellschaft habe er vorgenommen, weil die Nachen-Münchener Gesellschaft keine Verträge eingehe, wo es sich um Mobiliarversicherungen handelt, die unter welcher

Wiederkunft wegen. Eine weitere Vorhaltung über Angaben von verbrannten Gegenständen, die tatsächlich nicht verbrannt waren, werden von Stühff dahin beantwortet, daß die Beschäftigten erst zehn Wochen später stattgefunden. Da sei es selbstverständlich, daß man nichts mehr finden konnte. Ein einziger großer Schutthaufen sei übrig geblieben, in dem sämtliche Schreftastener Bewohner mit Händen, Füßen und Finken herumgewühlt hätten, um das glimmende Feuer gänzlich auszulöschen. Die Anklage wirft Stühff nun vor, daß von großen Porzellan-Service, Wächern, silbernen Löffeln, goldenen Ketten, Uhren doch irgend etwas hätte gefunden werden müssen. Zu allen Einzelheiten kommt noch eine Möbelgarnitur, die vorher verschwunden ist, obgleich sie als verbrannt aufgeschrieben wurde. Verschiedene Silbergeräte sind als vernichtet bezeichnet worden, die nachher beim Pfandleihen gefunden wurden. Sogar unter anderem Namen kamen sie ins Verkaufshaus. Den Vorhaltungen der Versicherungsgesellschaften über die falschen Angaben machte Stühff j. Zt. einen Rückzug, und erklärt heute, daß eine wissentlich falsche Angabe ihm völlig fern gelegen habe, es könne sich höchstens um Irrtümer oder um Vorgehen seiner Frau handeln, von denen er nichts gewußt habe. Nach dem baren Gelde, das Stühff gehabt haben soll, hat er trotz Anratsens seitens des Gemeindevorstehers nicht gesucht, weil es doch vergeblich gewesen wäre. Im großen ganzen ist dies das Bild, um welches sich die Verhandlung dreht. Der Angeklagte war früher ziemlich wohlhabend, ist in den letzten Jahren viel herumgezogen, hat da und dort Beschäftigung und Verluste erlitten und war schließlich soweit gekommen, daß er einen Teil seiner Möbel an seinen Schwager verpfänden mußte. Dieser hatte ihm auch früher unter die Arme gegriffen. Sogar den Offenbarungseid hatte er leisten müssen. Man glaubt nun, Stühff habe das Haus mit der Absicht in Brand gesteckt, um die hohe Versicherungssumme zu bekommen und so dem Dalles ein Ende zu bereiten. — Der Gemeindevorsteher, als erster vernommener Zeuge, bekundet, daß man schon am anderen Tage nach dem Brande im Schutthaufen hätte herumsuchen können, ein anderer Zeuge erklärt, daß er Stühff beim Löschen nicht gesehen habe, und daß das Löschen erschwert worden sei, weil der Brunnen im Bereich der Flammen lag, ein Hinzukommen also unmöglich war. Ein Sachverständiger macht Angaben über die Explosionsmöglichkeiten der Petroleumlampen: Wenn der Brenner schadhaft ist, das Petroleum unrein, oder feergebrannt. Hier im vorliegenden Falle scheint unmögliches Umstoßen vorzuliegen. Beim Anstoß könnten sich Gase im Bassin entwickeln, die zur Explosion führen. Kriminalkommissar Veim hat den Brandplatz durchsucht. Er hält es für ausgeschlossen, daß der Platz von anderen Leuten oder Kindern durchsucht worden ist. Er liege an ganz abgelegener Stelle, ein besonderes Interesse habe nachher niemand an dem Schutthaufen genommen. Der Schutt wurde genau durchsucht und durchgesehen, aber von einzelnen besonders als verbrannt bezeichneten Gegenständen wurde nichts gefunden. Insbesondere war von einem Porzellan-Service für 24 Personen kein Restchen vorgefunden. Ein weiterer Sachverständiger erklärt es für möglich, daß durch ein großes Feuer gewisse Metalle sich tropfenweise auflösen, so daß nichts mehr übrig bleibt; eiserne Sachen verbrennen erst in starkem Feuer. Pfandverleiher Baruch bekundet, daß bei ihm von unbekannter Person im April und Mai silberne Löffel verpfändet worden sind, eingelöst hat sie später die Frau Stühff. Beim Pfandverleiher Frankenthal wurden im Mai silberne Teelöffel und eine goldene Uhrkette von Frau Stühff unter dem Namen ihrer Schwiegertochter verpfändet.

(Schluß folgt.)
wb. **Sansa-Theater.** Bei der Zusammenstellung des neuen Programms haben die Gebrüder Solbach wieder einmal Glück gehabt. Die Soubrette Barker und ihre französische Kollegin Renee d'Ormesson sind sehr pikant in ihrer Vortragweise. Vor allem die Französin wirkt echt pariserisch. Ihre Chansons bringt sie äußerst drollig zum Vortrag. Und wenn die französischen Gassenhauer auch meist nicht verstanden wurden, so ernteten sie doch starken Applaus. Sehr gut machte sich das Franconiduo. So grotesk ist der „Kardorfer“ hier noch nicht „gecherbelt“ worden, wie von den beliebten weiblichen Interpreten der Tanzkunst. Die besten Nummern bieten der musikalische Glom Leopold Byron und der urkomische (echt) sächsische Sprech-Songleur Sumz. Wer sich einmal alle Sorgen herunterlassen will, der mag die beiden anhören. Die sind gut für das Nervenheil, einfach zum Wälzen. Solch echte Komik steckt nicht einmal in dem Komiker Selmar Brasch, der echt als deutsche Vieder für komisch hält. Der Japaner Futiko produziert sich erst als Komikdünne, sein weiblicher Partner als Zughäutler und beide bringen dann zum Schluß eine Miniatur-Sechschlacht auf die Bühne. Die drei kroatischen Akrobaten Bucari und das Damen-Gesangs- und Tanzquintett Komantiqua brachten zwar nichts Neues, aber ihre Darbietungen sind doch gern gesehen worden. Den Schluß macht das Mimodrama „Die Chebrecherin“ mit Lotte Sarrow in der Hauptrolle, die in teils marktschreierischer, teils geheimnisvoller Reklame vom „General-Anzeiger“ und Amtsblatt als der russischen Aristokratie entstammend pikant gemacht wurde. Lotte Sarrow verfiel gewiß über ein ausdrucksvolles Mienenpiel, war ganz nett an- oder vielmehr ausgezogen und wurde auch ihrer Rolle gerecht. Das Haus war ausverkauft und spendete lebhaften Beifall.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Oktober d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angefragt und bis jetzt nicht abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, sowie einige Handtaschen mit und ohne Inhalt, 1 goldene und 2 silb. Damenuhren, 1 silb. Perrenuhr, 1 Trauring, 1 gold. Medaillon, 1 gold. Kneifer, 1 Brille, mehrere Armbänder, 1 Korallenkette, 1 Firmenschild, 1 Fahrradlaternen, 1 Fahrrad, 1 Perrenschirm, mehrere Saaf Roks, 1 Paket mit Ansichtspostkarten, 2 Pelztragen, mehrere Paare Handschuhe, 1 wellenes Tuch, 3 Spitzenkragen und 1 Weitsche.

Schlutup. In einer überfüllten Volksversammlung sprach am Sonnabend abend im Saale des Gasthauses „Zur Post“ Genosse W. Bromme-Lübeck über das aktuelle Thema „Der Balkankrieg und die Weltpolitik“. Redner wies nach, wie leicht sich aus den Balkanwirren ein Weltkrieg entwickeln kann, in dem auch die deutsche Arbeiterschaft die schwersten Guts- und Blutsopfer bringen müßte. Gerade wegen dieser schrecklichen Gefahr sei die Arbeiterschaft zu den Versammlungen veranlaßt worden, in denen von der Regierung die strikteste Neutralität und die absolute Nichtbeteiligung gefordert würde, wie auch die Dinge auf dem Balkan den Balkanvölkern. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen die Genossen Adersmann und Kühler im Sinne des Referenten. Zum Schluß wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen.

Stadtergänzungs-wahl. Die Wählerliste für die Gemeinderatsergänzungs-wahl, welche im November stattfindet, liegt vom 1. November auf 14 Tage zur Einsicht der Beteiligten unter Angabe von Bemerkungen beim Gemeindevorstand Hinz aus. Hauptsächlich sieht jeder Beteiligte die Liste ein.

Kneisefeld. Gemeinderatssitzung. Das Ergebnis der Nachprüfung der Rechnungen für 1911 durch eine besondere Kommission soll nach Beendigung der Frau Verdel zur Verantwortung vorgelegt und dem Gemeinderat in nächster Sitzung bekannt gegeben werden. In Verbindung mit dem zur Verantwortung stehenden Punkt „Gehaltsfeststellung des neu zu wählenden Gemeindevorstehers“ wurde der Antrag unserer Genossen, als Amtslohn Kneisefeld festzulegen, angenommen. Die Beschlußfassung über die Höhe des Gehalts wurde nach längerer Diskussion bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Eine Überraschung auf Seiten unserer Genossen brachte die Mitteilung, daß die Regierung zu Gutin die günstige Anleihe zu 4 1/2 Proz. für den Landankauf und somit überhaupt den Landankauf nicht genehmigt habe. Sie stützte sich auf Art. 56 d. G. D., Anleihen sind nur zur Abtragung gefälliger Schulden oder zur Bestreitung von unvermeidlichen oder der Gemeinde zum dauernden Vorteil gerechenden Ausgaben gestattet. Es wird von ihr darauf hingewiesen, daß bis jetzt noch kein Schulbau beschlossen ist und außerdem ein zirka 9 Tonnen großes Areal nicht benötigt wird. Dann sei noch zu prüfen, ob nicht durch einen Anbau am alten Schulhause dem Bedürfnis genügt würde. Es ist diese Ablehnung um soviel unverständlicher, als von zwei maßgebenden Herren aus Gutin privatim ausgesprochen ist: Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die Gemeinde in dieser Beziehung für die Zukunft sichert. Den dauernden Vorteil haben wir mehrmals an dieser Stelle besprochen. Der letzte Satz scheint überhaupt nur eine Verlegenheitsausrede zu sein. Daß am alten Schulhause nichts anzubauen ist, wissen die Herren in Gutin auch, zumal Herr Regierungsrat Scheer das alle Schulgebäudeinsammlorium diesen Herbst gesehen hat. Es ist dies wieder ein Umstand, der das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden heftig beleuchtet. Der Gemeinderat beschloß, den Kreisschulinspektor zu einer der nächsten Sitzungen zu laden. Unsere Genossen werden dann den Herren darüber interpellieren. Die ungetestete Schulzeit wird für diesen Winter in unserem Gemeindebezirk genehmigt.

Schönbrücken. Die Volksversammlung, die am Sonntag nachmittag im Saale des „Steinrader Baum“ tagte, war verhältnismäßig gut besucht. Genosse W. Bromme-Lübeck sprach über das Thema „Balkanrieg — Weltkrieg“. Die Anwesenden verfolgten mit lebhaftem Interesse die Ausführungen des Referenten und spendeten nach Schluß lebhaften Beifall.

Hamburg. Die Sozialdemokratie und die Hamburger Bürgerchaftswahlen. Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hat sich am Donnerstag mit den im Februar kommenden Jahres stattfindenden Neuwahlen zur Bürgerchaft beschäftigt. Es hat alle drei Jahre eine Hälfte des Staatsgebietes ihre Vertreter zur gesetzgebenden Körperschaft neu zu wählen. Diesmal findet die Neuwahl für das Staatsgebiet östlich der Alster statt. Das Hamburger Wahlrecht ist ein Proporzsystem „mit allen Schikanen“. Es ist ihm nämlich noch eine Klassenwahl und ein Privilegiertenwahlrecht aufgepfropft. Die Hälfte der 160 Bürgerchaftssitze ist den Privilegierten (Notabeln und Grundeigentümern) vorbehalten. Es sind demnach bei der halbjährlichen Erneuerung der Bürgerchaft immer nur 40 Mandate durch allgemeine Wahlen zu besetzen. Aber auch bei der „allgemeinen“ Wahl darf nur wählen, wer länger als fünf Jahre in Hamburg gewohnt und mehr als 1200 Mark jährliches Einkommen versteuert hat. Außerdem findet noch eine Teilung dieser Wähler statt: wer 1200—2400 Mark Jahreseinkommen versteuert, gehört zur zweiten, wer über 2400 Mark Einkommen hat, zur ersten Klasse. Die erste Klasse bezieht zwei Drittel, die zweite Klasse ein Drittel der erledigten Mandate. Bei der Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien setzt dann erst noch der Proporz ein, das heißt, es werden jeder Partei nur soviel Mandate zugeteilt, wie sich nach dem Stimmenverhältnis ergibt. Auf diese Weise ist verhindert, daß die Sozialdemokratie auch nur in der zweiten Klasse einen glatten Sieg davontragen kann. So sind die Geldsäcke der „freien“ Republik doppelt und dreifach vor dem „Umsturz“ gesichert. Genosse Stolten, der in der Landesversammlung das Referat über die bevorstehende Bürgerchaftswahl hielt, wies auf diese Schikanen des Wahlgesetzes hin und betonte, die seit der Einführung dieses Wahlsystems stattgefundenen Bürgerchaftswahlen hätten bewiesen, daß der beabsichtigte Zweck, die Arbeiter auf eine winzige Minorität in der gesetzgebenden Körperschaft zu beschränken, vollständig gelungen sei. Unsere Partei habe keinerlei Aussicht — solange dieses Wahlgesetz besteht — über eine bestimmte Anzahl von Mandaten hinauszukommen. Unter diesen Umständen wird es sich bei der bevorstehenden Neuwahl nur darum handeln, die Mandate zu behaupten, die wir bis jetzt besessen haben. Und auch darum wird noch ein heftiger Kampf entbrennen. Denn die reaktionären Parteien haben große Anstrengungen gemacht, damit möglichst viele nichtsozialdemokratische Wähler zweiter Klasse das Bürgerrecht erwarben. Aus den Ergebnissen früherer Wahlen ist aber ersichtlich, daß wir fast nur aus den Kreisen der Arbeiter Stimmen für unsere Kandidaten zu erwarten haben. Nun ist zwar die diesmal zur Neuwahl kommende Stadthälfte insofern günstiger für uns, als sie die hauptsächlich von Proletariern bewohnten Stadtviertel umschließt (Warmbeck, Hammerbrook, Billwärder), aber es ist auch mit ungünstigeren Veränderungen zu rechnen, z. B. wird das allmähliche Verschwinden der kleinen Hausbesitzer, die zum Teil wenigstens früher für uns gestimmt haben, unsere Aussichten, bei den Grundeigentümern etwas herauszuholen, immer mehr verschlechtern. Gleichwohl werden unsere Genossen mit gewohnter Energie den Kampf aufnehmen und ihre noch stets bewährte Disziplin wird uns den Erfolg verschaffen, der unter diesem infam ausgelegelten Wahlrecht nur irgend zu erreichen ist. Von den 20 Mandaten, die unsere Partei bisher inne hatte, stehen elf zu Neuwahl. Drei der bisherigen Abgeordneten (Berard, Köhne, Stengele) haben eine Wiederwahl abgelehnt. Die übrigen acht wurden wieder als Kandidaten aufgestellt. Ein Antrag der Staats- und Gemeindegewerkschaft, einen Angestellten dieses Verbandes mit auf die Vorschlagsliste zu nehmen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß zwar an sich ein Vertreter aus dieser Berufsgruppe durchaus erwünscht sei, daß aber in erster Linie nicht die berufliche, sondern die Parteitätigkeit der Kandidaten maßgebend bleiben müsse. Die Parteigenossen wünschen nicht eine Wahl nach Berufsinteressen, sondern nach Parteigrundsätzen. Im Anschluß hieran wurde von der Landesversammlung die Anstellung eines dritten Parteisekretärs beschlossen. Genosse Stube begründete dies unter Hinweis auf die infolge des stetigen Wachstums der Organisation immer mehr anschwellende Verwaltungstätigkeit. In den letzten sechs Jahren ist die Zahl der Parteimitglieder in Hamburg von 21000 auf 61000 gestiegen. Dem Wunsche der weiblichen Mitglieder, zur engeren Wahl unter allen Umständen eine Genossin mit zu stellen, wurde in der Form nicht stattgegeben, weil eine derartige Bevorzugung das Prinzip der Gleichberechtigung verletzen würde. Die neue Sekretärstelle wird ausgeschrieben und die Anstellung wird nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterperse erfolgen.

Hamburg. Die Profisucht der großen Dampfergesellschaften wagt sich nachgerade zu einer bedenklichen Gefahr für verschleierte Industrien aus. Aus den Kreisen der deutschen Exporteure ist dem „Berliner Tageblatt“ gegenüber in letzter Zeit Klage darüber geführt wor-

den, daß die großen Schiffsahrtsgesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Frachtatenerhöbungen von durchschnittlich 20 pzt. die Exportmöglichkeiten für verschiedene Ausfuhrartikel, so insbesondere für billigere Glas-, Porzellan- und Steinwaren sowie für Spielzeug nach Nordamerika, sehr erheblich erschweren, wenn nicht ganz unterbinden. Es wird erklärt, daß diese Artikel, auf denen schon beträchtliche Zölle lasten, eine starker amerikanischer Konkurrenz zu kämpfen haben. Auch die englischen Exporteure würden dem deutschen Wettbewerb überlegen sein, weil die britischen Schiffsahrtsgesellschaften keine Preisserhöhungen vorgenommen hätten. Für die deutsche Industrie käme die Verschiffung mit anderen Dampfern als denen der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd nicht in Frage, da dem die Poolverträge der transatlantischen Schiffsahrtsgesellschaften entgegenstünden. Und was antwortet die Hamburg-Amerika-Linie darauf? Die Erhöhung sei eine Folge der überaus günstigen Entwicklung des Frachtgeschäftes und der „erheblich gestiegenen Kosten des Reedereigeschäfts“. Sie sei geboten gewesen, „weil die Reedereien sonst nicht auf ihre Kosten kämen“. Nun, die Herrschaften haben es schon immer verstanden, auf ihre Kosten zu kommen; ja, noch weit darüber hinaus. Es sei nur daran erinnert, daß sie im Jahre 1910 sogar die Zwischenpreispreise von 130 auf 160 Mark erhöht haben. Und ihren Betriebsgewinn haben sie in 10 Jahren von 1 1/2 Millionen auf 43 Millionen 800 000 Mark gebracht. Sie sind also immer auf ihre Kosten gekommen, wie man sieht; und die „erheblich gestiegenen Kosten des Reedereibetriebes“ holen sie sicher zehnfach wieder aus den erhöhten Frachtraten heraus. Man denke: eine Frachtsteigerung um 20 Prozent, und das bei einer Güterbeförderung von etwa 7 bis 8 Millionen Frachttönen im Jahre. Auch der Norddeutsche Lloyd führt so ziemlich dieselben Gründe für die Erhöhung an, schreibt aber noch, „wenn die Entwicklung weiter so anhalte, seien neue Frachtraten erhöhtungen für verschiedene Artikel nicht ausgeschlossen“. Das kann ja noch nett werden, besonders da auch die englischen Reedereien sich an dem Geschäft beteiligen wollen, denn wie „Daily Sospach“ meldet, hat die Shipping Federation beschlossen, vom Januar 1913 an die Frachtlage nach sämtlichen nordatlantischen Häfen um 20—30 Prozent zu erhöhen. Den Industriern wird so die Ausfuhrmöglichkeit erschwert, wenn nicht gar unterbunden. Einschränkung der Betriebe, Arbeiterentlassungen, Not und Elend sind die Folge dieser Maßnahmen, die den schwerreichen Aktionären zu ihrem Ueberfluß noch Tausende und Abertausende in den Schoß werfen, um die sie kaum eine Hand zu rühren brauchen.

Kiel. Schwerer Unfall bei einer Marine-Sprengübung. In der Kieler Bucht ereignete sich Freitag vormittag zwischen Laboe und Büll bei einer Sprengübung des großen Kreuzers „Dorf“ ein Unfall. Als ein Boot des Kreuzers sich einer Mine näherte, explodierte diese vorzeitig und zertrümmerte das Boot vollständig. Kapitänleutnant Jacobsen und der Torpedobootsmatrose Fuchs kamen ums Leben, Leutnant z. S. Werner Wisbeck erlitt einen Bruch beider Beine, der Torpedobootsmatrose Puel wurde leicht verletzt. Die übrige Besatzung kam ohne Verletzungen davon und wurde von einer sofort zur Hilfe eilenden Pinasse des Panzerkreuzers „Goeben“ gerettet, die auch die Toten und Verletzten aufnahm. Der Torpedobootsmatrose Fuchs wurde vollständig zerrissen. Die Verletzten wurden im Marinekasern in der Wik untergebracht.

Wilhelmshaven. Keine Mobilmachung der deutschen Marine. Der „Vorwärts“ hatte das Gerücht verbreitet, daß in den Unterwehertorten Reservisten, die der jeehrenden Bevölkerung angehören, auf den Feuerbureaus nicht angemustert werden dürften, und das auf Anordnung der Militärbehörden zurückzuführen, die wohl mit einer eventuellen Mobilmachung rechneten. Die „Kölnische Zeitung“ bringt zu dieser Meldung eine offizielle Erklärung, in der gesagt wird, daß die Annahme des „Vorwärts“ völlig unzutreffend sei, was wohl heißen soll, daß die Militärbehörden mit der Zurückhaltung der Reservisten nichts zu tun haben.

Oldenburg. Gehaltsaufbesserung der Beamten und Staatsarbeiter in Oldenburg. Die Regierung hat joesben den Landtagsabgeordneten für den am 5. November zusammentretenden Landtag erneut die Vorlage zugehen lassen über die Erhöhung des Dienstverdienstes der im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Arbeiter, sowie der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. Sehr interessant ist die Begründung des Entwurfs. Sie sagt, daß sich die Notwendigkeit einer durchgreifenden Gehalts- und Lohnaufbesserung im Laufe des Jahres noch verschärft hat. Die Begründung kommt dann zu einer amtlichen Bestätigung der wirtschaftlichen Notlage und Fleischnotlage. Sie betont, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage keineswegs zugunsten der Angestellten verschoben hat, daß vielmehr an die Stelle der im vorigen Jahre vorhandenen und nur teilweise behobenen starken Preissteigerung wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine ebenso fühlbare Fleischnotlage getreten ist, die namentlich auch auf den unteren Schichten des Personals lastet. Hier wird, wenn auch in sehr vorsichtig gehaltenem Regierungstil die Phrase der Junker und Junkerregierung von der „vorübergehenden Erscheinung der Fleischnotlage“ glatt ab absurdum geführt. Die Vorlage erfordert eine Summe von 1 296 000 M., die völlig den Überschüssen der Eisenbahnen entnommen werden soll. — Im vorigen Landtag mußte die Regierung die gleiche Vorlage wieder zurückziehen, sie hatte den oberen Beamten „mit Scheffeln“, den unteren „mit Löffeln“ gegeben. Da der Landtag, namentlich Sozialdemokraten und Fortschrittler, darauf nicht einging, kamen durch den Starrsinn der Regierung die Beamten und Arbeiter um jede Zulage. Die Sozialdemokratie wird auch diesmal sorgfältig prüfen und dafür sorgen, daß denen am ersten gegeben wird, die es am allerbedürftigsten brauchen, nämlich den Arbeitern und unteren Beamten. Mit der Gehaltsaufbesserung soll, in Anbetracht der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten zwei Jahre eine Lennerungszulage in Höhe eines Jahresbetrages an Lohn oder Gehalt verbunden werden, die an die unteren Beamten und Arbeiter gezahlt wird.

Bremen. Gemeindevauserwahl in Bremen. Bei der Gemeindevauserwahl am Donnerstag in der 6. Klasse hatte die Sozialdemokratie ein Mandat zu verteidigen. Die Bürgerlichen versuchten mit allen Anstrengungen es ihr zu entreißen. Deshalb hatten sie auch einen Arbeiter als ihren Kandidaten aufgestellt. Vergebens. Unter Fraunkiewicz siegte mit 881 gegen 288 Stimmen. Im Oktober 1911 wurde der genannte Genosse mit 275 Stimmen in den Gemeindevauserwahl gewählt. Die Bürgerlichen enthielten sich voriges Jahr der Wahl.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: I. H. Schöwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

Jugendausschuss.
Dienstag abend präzise 8 Uhr
im Parteisekretariat. (4715)

Die Geburt einer Tochter zeigen
hoch erfreut an (4704)
H. Potenberg und Frau Else
geb. Schmidt.

Unserm Sangesbruder
Johs. Groth und Frau
zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten
Glückwünsche. (4716)

Gesangsverein „Einigkeit“.
Durch Zufall die 2. Etage, 3-
Zimmer-Wohnung mit Gas, zu ver-
mieten. Preis 260 Mk.
(4707) Fächtingstraße 17, I.

Hasenfelle
Kanin, Fuchs, Marder, Iltis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Ruchschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wabmstr. 22 a.

**Vereinigte
Butterhändler**
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kosten Pfd. **1.50** Mk. (4708)

**Arbeiter-
Notiz-Kalender
1913**

Reichhaltiger Inhalt — u. a.
Alle für den Arbeiter wich-
tigen Adressen
Porträts der 110 sozial-
demokratischen Reichs-
tagsabgeordneten
Reichhaltiges statistisches
Material über die Reichs-
tagswahlen 1912
Die deutsche Reichsver-
fassung
Arbeiterbildung und Bil-
dungsarbeit
Kinderschutzgesetz
Etwas v. Schnapsboykott
Die Gewerkschaften im
Jahre 1911
Kalendarium sowie Ge-
schichtskalender, Porto-
taxe, Notizbuch

**Preis gebunden
50 Pfennig**

Zu beziehen durch:
**Buchhandlung Friedr.
Meyer & Co., Lübeck.**

Kaum zu glauben.

10 a 55 Pfg. macht 5.50 Mk.; soviel kosten 10 Pfd. Ragoda-Schnellwaschmittel (einzelne Patete nach Bedarf kaufen) und hierauf geben wir, um es schnell einzuführen und die große Zeitungsreklame zu sparen gegen Einsendung der ausgechnittenen Gebrauchsanweisungen bis Ende ds. Js. (1913 nur noch auf 20 Pfd.) unter anderen gratis und franko:
1 ff. versilberte Damentasche mit langer Kette oder 3 Alp. Silber-Teelöffel oder 1 ff. Doublee-Brosche, und was diese kosten, weiß wohl jeder. Die Sachen werden also nicht mitbezahlt, sondern extra zur Einführung geschenkt.
Lassen Sie sich in den Geschäften die Geschenke zeigen und die Prospekte darüber geben. Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nachweislich als bestes Waschmittel. Einzig in seiner Art. D. R. G. M. Nr. 418 136. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen.
Schumann & Wille, Wittenberge. (4701)

Seht acht,
wenn Ihr Palmin Euch kauft,
S gibt Fette, die man ähnlich tauft!
Auch statt Palmona schiebt man vor
Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!
Drum achtet, ob auf dem Paket
Die Firma Schlinck in Hamburg steht!

Palmin-Pflanzenfett.
Palmona - Pflanzen-Butter-Margarine.

Ausnahmetag!
(4718)



Um den Einwohnern Lübecks alle Gelegenheit zu geben, sich von der Schmachhaftigkeit der mit täglich in reichlicher Menge direkt von den Fischern **großen Dorische** in Kenntnis zu setzen, verkaufe ich Dienstag, d. 5. November in der Markthalle zirka 2000 Pfund schöne fetter Dorisch a 16 bis 20 Pfg. per Pfund.
Außerdem zirka 160 Stieg große und mittelgroße Butt, sehr preiswert, Schellfische, Seelachs, Goldbarsch usw. usw.

J. Hamann, Fischhlg., Markthalle Lübeck.

**Das Bild
„Die Madonna von Bochum“**
ist wieder vorrätig. Preis 35 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Dienstag, 5. November
Waisen-Hof Ball der Bedienung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum
BALL
am Sonnabend, d. 16. November 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr morgens.
Das Komitee.
NB. Karten sind nur bei den Kassierern zu haben.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Gute Magnum bon.-Schfartoffeln
200 Pfund 5.25 Mk. frei Haus
4712) 10 Pfund 85 Pfg., empfiehlt
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Verein Freie Reiter, Lübeck
In der am 3. November 1912
nachmitt. stattgefundenen Ziehung
sind folgende Losnummern mit Ge-
winnen gezogen:

| | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|
| 41 | 48 | 140 | 212 | 269 | 309 |
| 315 | 346 | 367 | 369 | 378 | 430 |
| 509 | 540 | 541 | 566 | 618 | 650 |
| 657 | 665 | 675 | 695 | 698 | 710 |
| 711 | 756 | 773 | 781 | 846 | 884 |
| 896 | 897 | 911 | 935 | 937 | 960 |
| 969 | 992 | 1040 | 1046 | 1067 | 1158 |
| 1172 | 1197 | 1199 | 1206 | 1219 | 1252 |
| 1279 | 1283 | 1327 | 1335 | 1415 | 1417 |
| 1418 | 1468 | 1553 | 1571 | 1584 | 1606 |
| 1628 | 1656 | 1662 | 1743 | 1761 | 1764 |
| 1782 | 1814 | 1839 | 1918 | 1927 | 1928 |
| 1931 | 1971 | 1974 | 2031 | 2058 | 2066 |
| 2081 | 2099 | 2106 | 2118 | 2131 | 2150 |
| 2152 | 2183 | 2219 | 2229 | 2234 | 2246 |
| 2261 | 2262 | 2264 | 2265 | 2339 | 2367 |
| 2368 | 2417 | 2426 | 2436 | 2513 | 2521 |
| 2523 | 2547 | 2591 | 2608 | 2693 | 2756 |
| 2770 | 2838 | 2849 | 2881 | 2882 | 2910 |
| 2929 | 2941 | 2963 | 2984 | 2988 | 2992 |

Die Aushändigung der Gewinne
geschieht gegen Rückgabe der Lose
am Dienstag, dem 5. November
von nachmittags 6 Uhr bis 9 Uhr
abend im Gasthof „Zum weißen
Kog“, Martesgrube 15. Später
bei **H. Koch, Frient, Martes-
grube 6.** Gewinne, die bis zum
1. Dezember 1912 nicht abgeholt
sind, verfallen der Vereinskasse.
Der Vorstand.

Bienenfleiss.
2955
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 6. November
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Gaukonferenz in
Kiel.
2. Geschäftsbericht und Geschäfts-
veränderung.
3. Bericht der Zentralkommission.
4. Bericht d. Gau.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erzucht
(4714)
Der Vorstand.

**Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei**
e. G. m. b. H.
4717)
Ordentliche
General-Versammlung
am Dienstag, 12. November
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht vom
3. Quartal 1912.
Anteilscheine legitimieren.
**Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei**
e. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Weisser Engel
Ratheburger Allee 29.
Morgen Schlußtag
vout
Gr. Antritts-Preiskegeln.
4702) **B. Boldt.**
Einladung zum
2. Stiftungs-Fest
der
Freiwilligen Feuerwehr Westoe
am Sonntag, 10. November
im Lokale des Kameraden
Lödning zu Arnimsruh.
Anfang 6 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
(4706) Der Festausschuß.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 6. November
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
6. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist:
Herr Konzertmeister S z a n t a (Violine)
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Fidelio“
L. v. Beethoven.
Die Moldau, symphonische Dichtung
Fr. Smetana.
Carmen, Phantasie G. Bizet.
Sirenenzauber, Walzer E. Waldteufel.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger. 4705

Hansa-Theater.
Ab Freitag, d. 1. Novbr.
8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.
**Gastspiel
Lotte
Sarrow
Die Ehebrecherin**
sowie 10 neue Spezialitäten.
Vorzugskarten
nur wochentags gültig.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
**Große Volks- und
Fremden-Vorstellung**
zu kleinen Preisen. (4709)
Ab 11 Uhr: **Kabarett**
bei freiem Eintritt.
Auftreten erster Kräfte.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 5. November:
44. Vorst. i. Volkst. u. 3. W. i. Dienst. u. 2. W.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.
Mignone.
Oper von A. Thomas. (4703)
Mittwoch, den 6. November:
Auser Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Autoliebchen.
Beste Operette von Jean Girbert.

Die belagerte Festung.

In den Kreisen derjenigen, die den „Patriotismus“ in unserem Lande in Erbpacht genommen haben und nicht recht zufrieden sind, wenn sie nicht schon zum Frühstück einen „vaterlandslosen“ Sozialdemokraten sozusagen verpeißt haben, ist es gebräuchlich, Deutschland mit einer von Feinden rings umgebenen Festung zu vergleichen. Namentlich wenn es gilt, neue Forderungen für Heer oder Marine, oder für beide, zu begründen, dann starrt die Presse der Kanonenkönige und Panzerplattenfabrikanten, des Pulvertrustes und der Elektrizitätsmonopolisten von Schilderungen der üblen Absichten unserer Nachbarn. Diese Schilderungen sind in der Regel maßlos übertrieben, obgleich das offizielle Deutschland in der Tat nichts getan hat, um die Sympathien wenigstens der kleineren Grenzländer, Dänemark, Holland, Belgien und Schweiz, zu sichern. Sie alle, die ein auf demokratischer Grundlage blühendes und rasch emporstrebendes Gemeinwesen besitzen, fühlen sich von dem politisch rückständigen Gewaltstaat Preußen, dem Staate der Volksunterdrückung und Rationalitätenknechtung, junkerlicher Klassenherrschaft und pfäffischer Verrottung instinktiv angewidert. Preußen hat so lange allein verhindert, daß Deutschland moralische Eroberungen in der Welt machen konnte, bis Bayern unter der häßlichen Parteiwirtschaft des Ministeriums Hertling ihm darin erfolgreich Konkurrenz zu machen begann.

Wenn auch, wie gesagt, die Behauptung, Deutschland gleiche einer belagerten Festung, übertrieben ist, so steht es uns doch frei, uns dieses Bild einmal anzueignen, um daraus die von unserem Standpunkt aus notwendigen politischen Folgerungen abzuleiten.

Was ist die erste Aufgabe eines Befehlshabers einer belagerten, oder mit Belagerung bedrohten Festung? Ohne Zweifel muß er die Befestigung zum Widerstande geeignet machen, sie vor allem vor Hunger und Krankheit schützen. Der Befehlshaber ist in unserem Falle die Reichsregierung. Was tut sie, um die Bevölkerung durch geeignete Ernährung bei Kräften zu erhalten? Sie sorgt nicht etwa dafür, daß die Massen genug zu essen haben und die Notdurft des Lebens billig befriedigen können, sondern sie ist im Gegenteil eifrig bestrebt, die Nahrungsmittel selten zu machen und ihre Preise in die Höhe zu treiben. Um den Interessen einer kleinen Schar von Großgrundbesitzern zu dienen, hat sie, gestützt auf ein Parlament, das dank einer veralteten und ungerechten Wahlkreiseinteilung den Willen des Volkes verfälscht und verzerrt wiedergibt, die Zollmannern so erhöht, daß die Einfuhr von der billigen Nahrungsmittel, wenn nicht ganz verhindert, so doch praktisch beinahe unmöglich gemacht worden ist. Aber damit noch nicht genug. Wiederum im Interesse jener erwähnten kleinen Schar von Besitzenden reizt sie durch das ungeheuerliche Mittel der sogenannten Einfuhrschneide auch noch zur dauernden Ausfuhr gewaltiger Kornmassen an, schafft also die vorhandenen Vorräte aus der „belagerten Festung“ heraus! Denn selbst unter den heutigen Zöllen braucht das Brot nicht so teuer sein, wie es ist, wenn nicht deutsches Korn in skandinavischen Reichen und selbst in Newyork billiger zu haben wäre, als in Deutschland. Heißt das die Pflichten eines Festungskommandanten erfüllen, heißt das auch nur die Geschäfte mit der Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters betreiben?

Um der Gefahr zu entgehen, von hungernden Hausfrauen auf der Straße mit Kochlöffeln attackiert zu werden, hat die Regierung zwar neuerdings einige lächerlich geringe Erleichterungen der Fleischzufuhr zugelassen, aber sich jede ernste Abhilfe mit der eiskalten Behauptung verweigert, an der „bewährten Wirtschaftspolitik“ des Reiches (d. h.: an dem Hunger der überwältigenden Mehrheit des Volkes) dürfe nicht gerüttelt werden.

Wo soll man, so fragt man sich dabei unwillkürlich, den parlamentarischen Ausdruck finden, um solches Gebahren nach Recht und Würdigkeit zu kennzeichnen? Wenn bei uns in Deutschland die Lebenskraft der Bevölkerung zurückgeht, wenn die Geburtenzahl schnell fällt, wenn die Säuglingssterblichkeit nach wie vor ungezählte Opfer fordert, so trägt niemand anders Schuld daran, als die Regierung und die parlamentarische Vertretung des Volkes. Wenn in Stadt und Land ganz gleichmäßig die minderbemittelte Bevölkerung in oft wahrhaft jammervollen Wohnungen zu hausen gezwungen ist, so fällt die Schuld auf die reaktionären Mächte, die einer fruchtbaren Demokratie jedes nur denkbare Hindernis in den Weg stellen und die sogenannte Selbstverwaltung der Gemeinden zu einer lächerlichen Phrasenmasche machen. Nicht Wälle und Mauern, nicht die Kanonen in den Forts, nicht die Flinten in den Schießscharten schützen die belagerte Festung, sondern das kann nur die leberdige Befestigung selbst, die aber wenigstens wissen muß, wofür sie denn kämpfen soll. Sicherlich erschöpft sich der Begriff der Vaterlandsliebe nicht in der materiellen Versorgung. Aber mit der materiellen Versorgung geht es los, ohne die schwebt alles andere in der Luft. Man lese doch nur im Buche der Geschichte nach, wie es in Wirklichkeit in belagerten Festungen ausgefallen hat und immer ausgefallen wird! Man sagt, daß die Götter den mit Blindheit schlagen, den sie verderben wollen. Dieses Wort scheint sich in der Tat wieder einmal bewahrheiten zu wollen.

Kein Viehimport, aber Menscheneinfuhr!

Unsere Agrarier martieren immer wieder eine merkwürdige Furcht vor dem Auslande. Sie tun so als wäre Deutschland eine einsame Kulturinsel im europäischen Ozean der Viehweiden, der minderwertigen und unverdaulichen Getreidesorten und der traurigen Arbeiterbehandlung. Deswegen fordern sie, bei französischen Weinen sitzend, daß wir nur deutsches Fleisch essen sollen, verlangen, mit englischem Cheviot bekleidet, der aus amerikanischer Baumwolle hergestellt ist, daß wir nur deutsches Roggenbrot essen und drohen uns mit dem afrikanischen Kantschu, wenn wir ihnen nicht folgen. Aber auch sonst sind die Leute gar nicht so. Vieh oder Fleisch aus Rußland oder Argentinien: um Gottes willen, Ihr ruiniert das teure Vaterland und seine treuesten Behüter. Arbeiter aus Rußland und Galizien, ja, wenn es nicht anders geht, auch chinesische Kulis: ja, Einfuhr von Menschenfleisch, das ist etwas anderes, je mehr, um so besser!

Sonst sperren wir unsere Grenzen hermetisch ab, hierbei können die Agrarier die Grenzpfosten nicht weit genug aufbekommen.

Man denke doch: Im September 1912 wurden aus dem Auslande 3822 landwirtschaftliche Wanderarbeiter hereingeholt. Das sind über 500 mehr als im September 1911. Dazu kommen aber noch 1082 männliche und 28 weibliche industrielle Wanderarbeiter! Dies sind ebenfalls gegenüber den zusammen 640 im September 1911 als industrielle Wanderarbeiter nach Deutschland hereingekommenen Personen ungeheuerlich viel mehr!

Welche Gebiete und was für Arbeiter gerade von den Großgrundbesitzern immer mehr vorgezogen werden, zeigt die folgende kleine Zusammenstellung, welche den September 1912 mit dem von 1911 in Vergleich bringt.

| Nach Deutschland in Stellung gekommene ausländische Wanderarbeiter: | 1912 September | 1911 |
|---|----------------|------|
| Deutsche aus Rußland | 131 | 66 |
| Russische Polen | 3041 | 2784 |
| Galizische Polen | 198 | 234 |
| Ungarn | 129 | 219 |
| Tschechen | 2 | 2 |
| Ruthenen | 234 | 118 |
| Sonstige | 87 | 95 |

Die industriellen Wanderarbeiter kamen hauptsächlich nach Schlesien, die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter vornehmlich nach Pommern, Ostpreußen und Posen.

Daß es die zollwucherischsten Agrarier sind, die so starkes Interesse an der vermehrten Einfuhr von billigem Menschenfleisch haben, ergibt sich im Behorden daraus, daß z. B. die Provinzen Sachsen, Anhalt, das ganze fruchtbare Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz zusammen ganze 44 ausländische landwirtschaftliche Landarbeiter aufgenommen haben.

Das ist echte konservative Politik: erst wird das letzte Lebensbedürfnis durch Zollwucher und indirekte Steuern wahnwitzig verteuert, kommen dann die Arbeiter und verlangen Lohnerhöhung, so läßt man sie stehen und holt billige Kulturminderwertige Kräfte aus dem Auslande. So sorgt man dafür, daß dem Volke die Galle übergeht und schimpft dann auf die verheerende Sozialdemokratie.

Sozialdemokratische Organisationen verurteilt!

Zu den Verhandlungen des Internationalen Sozialistischen Bureaus waren die Vertreter der Balkanstaaten nicht erschienen. Aus welchen Gründen, das erhellt aus den Begrüßungsschreiben, die der Sekretär des Internationalen Bureaus in der Sitzung zur Kenntnis gab.

Der serbische Genosse Paptschewitsch, Skupstinaabgeordneter, der gegen den Krieg gesprochen und gestimmt hat, schreibt aus Belgrad unter dem 15. Oktober:

Unsere Partei ist nicht in der Lage, sich in der Sitzung des Bureaus vertreten zu lassen. Fast alle Genossen sind an der Grenze und unsere Organisationen sind einfach verwüstet. Die Regierung hat alt und jung an die Grenze geschickt. Zwei Alte und drei Junge — das ist alles, was geblieben ist, um das Vermögen und die Dokumente der Partei und der Gewerkschaften zu hüten und das Parteiorgan, das jetzt zweimal wöchentlich statt wie bisher

Der Hochwald.

Erzählung von Adalbert Stifter.

(2. Fortsetzung.)

„Ich glaube,“ begann er, „ihr habt schon vernommen, daß der Ritter gestern von seinem Jagdausfluge zwar nicht selbst zurückgekommen, aber einen Boten mit einem Schreiben geschickt habe. Sie waren sehr glücklich und eine ganze Nacht von Wild ist unterwegs; auch kann er nicht genug Lobes sagen, wie schön und still und wie abgeschlossen und unzugänglich jene Waldesgärten sind, in denen er nun schon über vier Wochen dem Jagdvergnügen obliegt. Es ist fast wünschenswert zu lesen, wie schwer sie Abschied davon nehmen — er sagt: Kein Hauch, keine Ahnung von der Welt draußen dringt hinein, und wenn man sieht, wie die prachtvolle Ruhe, Tagelangen weit immer dieselbe, immer ununterbrochen, immer freundlich in Laub und Zweigen hängt, daß das schwächste Bräuschen ungestört gedeihen mag, so hat man schwere Mühe, daran zu glauben, daß in der Welt der Menschen schon die tiefen Jahre her der Wärm des Krieges und der Zerstörung obd, wo das kostbarste und kunstreichste Gewächs, das Menschenleben, mit eben solcher Eile und Leichtfertigkeit zerstört wird, mit welcher Mühe und Sorgfalt der Wald die kleinste einer Blumen hegt und auferzieht. Denkt nur, einen schönen Felsenberg haben sie gefunden, der über den Wald emporragt, von wo aus man unser Schloß erblicken kann; sie meinen, von unserm roten Wohnzimmer müssen wir denselben sehen können. Wir wollen heute noch in denselben das Behörte aufstellen und sehen, ob wir den Felsenstock entdecken können, der der Blütenstein heißt — oder wäre es nicht gar noch schöner, ehe der Winter kommt, gerabedwegs über einen Spaziergang in jene anmutigen Wildnisse zu machen?“

Ein zu Tode erschrockener Blick schlug aus den Augen Johannas gegen den Vater empor und traf auf das freundlich fragende Vaterauge. Er stand auf und ging einige Male ruhig im Zimmer auf und nieder, dann vor sie tretend, sie mit Angst jede seiner Bewegungen hütete, sagte er ernst und hebräisch: „Johanna, liebes fürchtbares Reh — und einmüßig muß es sein, wir werden alle zusammen jene Wälder besuchen — — — antwortete noch nicht; es tut not, Kinder, daß ich euch eröffne, was wir diesen Sommer fürgesorgt haben. Dieser Brief ist aus Rosenberg — hier einer aus Wolvenron — dieser von Prag — dieser aus Weissen und endlich einer aus Bayern. Ich habe euch stets mit Nachrichten aus den Kriegsfeldern versehen, daß euer Herz nicht in Dingen beleidigt werde, die ihr lieber nicht wißt; aber

ich habe ein Neß über alle Kriegspläne gesponnen, daß ich stets Kenntnis der schwebenden Sache behielt und Voraussicht der künftigen — es geschah zu Frommen des Vaterlandes und zu eurem Genuße. Man bereitet noch vor Winter eine Unternehmung gegen die obren Donauländer vor, deren rechter Flügel bestimmt ist, über unsere Berge zu gehen — diese Schweden kennen meinen Namen gar wohl — und auch, wenn sie ihn nicht kennen, so ist aller Grund zu glauben, daß sie unser Haus mitfügen werden, und die ersten Schneefäden des künftigen Winters werden wahrscheinlich auf seine schwarzgebrannten Mauertrümmer fallen — mag es — das Haus werden wir wieder aufbauen, und für euch habe ich nach bester Meinung gesorgt. Wie ich es mit Geld und Geldbeswert veranlaßt, werde ich später darlegen — jetzt, was wichtiger — von euch. Es liegt ein Platz im Hochwald, ich kenne ihn längst, so einsam, so abseits alles menschlichen Verkehrs, daß kein Pfad, kein Zutritt, keine Spur davon erpählich ist, überdem unzugänglich an allen Seiten, außer einer, die zu verwahren ist — sonst aber wunderbar lieblich und anmutig, gleichsam ein freundliches Lächeln der Wildnis, ein beruhigender Schutz- und Willkommensbrief. Auf diesem Plage steht ein Haus, das ich diesen Sommer zimmern ließ, allbereits schön und wohnlich für euch eingerichtet; denn dort werdet ihr wohnen, bis es hier wieder hergestell ist und gefahrlos ist. Kein Mensch kennt dessen Dasein; denn die es zimmerten, sind mir dreifach verbunden: vorerst weil ich sie in Eid und Pflicht nahm, dann weil sie mir als Untertanen seit Jahren mit Liebe zugetan gewesen, und endlich, weil ich nur solche Leute wählte, die mir zufällig vor längerer Zeit schon ihre ganze Barthschaft eingehändigt, daß sie als Aufbewahrtes neben meinem Eigentume schütze, bis die Kriegsgefahr vorüber. Diese werden sich wohl hüten, durch Verletzung ihres Eides mir Schaden zuzuwenden. Sie wurden alle über einen sehr steilen Felsenweg dahingeführt, der aber nun durch gesprengte Steine unzugänglich ist. Wir werden einen weitem Weg durch bisher unbetretenen Wald einschlagen, wo ich es viel bequemer vermute, da der Boden eben ist, und der Ritter meint, der Wald müsse dort sehr dünn sein, daß man sogar vielleicht reiten könne. Wo es soeben beschwerlicher wird, dort werden wir von einem Führer, der eines andern Wegs von seiner Heimat herüberkommen wird, erwartet werden, und für euch wird eine Sänfte bereit sein. Der Wald, wenn auch Urwald, ist so schön und traulich, wie bei uns, und Menschen werdet ihr die ganze Zeit eures Aufenthalts dajelbst nicht sehen, außer die zu euch gehören. So habe ich gesorgt, und ich glaube, daß es gut sei. — — — Und nun, Kinder, redet.“

Beide, totentstarr, sahen ihn an.

„Nun, Johanna,“ sagte er lächelnd, „tut es dir so leid um deine Stube hier? Sieh, die dortige ist gerade so gebaut und so eingerichtet wie die — — — Nun?“

Mit ordentlicher Mühe preßte sie schüchtern die Worte heraus: „Aber ein Mörder und Wildschütze ist dort.“

Der Vater zuckte unwillig auf bei diesen Worten, sagte aber dann sehr gelassen und fest: „Es ist keiner dort. Leid ist es mir aber sehr, äußerst unangenehm ist es mir, daß das widerwärtige Gerücht auch in eure Stube Eingang gefunden. Es ist keiner dort, glaubt es mir; denn die ganzen drei Monate, die der Ritter abwesend war, hat er mit Jeltz den Wald weit und breit durchsucht, und bei allen seinen Randwohnern und in allen Köhler-, Holzschläger- und Forsthütten um Grund oder Angrund jener Gerüchte geforscht — es war überflüssig, aber zu unserer eigenen Beruhigung unternommene Vorkehrung; kein Gedanke irgend eines solchen Mannes ist dort, selbst nicht die Sage von ihm, die nur müßig in unserer Gegend schweifte — aber sehr unlieb ist es mir um euch, denn es wird unnötig eure Phantasie beschweren. Glaubst du denn, Johanna, du abtrünnig Mädchen, dein Vater werde dich zu Räubern und Mördern führen? und wenn ein Wildschütze dort ist, so ist es ein schöner alter Mann, der zu eurer Bedienung gehören wird, und den du bald so lieb haben wirst, wie deinen eignen Vater. Seid wohlgenut, meine Kinder, ihr werdet von eurem neuen Wohnorte sehr traurig scheiden, und wenn wir euch verkünden werden, daß dieses Schloß wieder neu und blank herausgeputzt ist, wie nie vorher, so wird wohl auch aus den freundlichen Augen ein Tränlein auf die hohe Stelle fallen, von der ihr schiedet. Werfet das Unkraut getrost aus eurem Herzen, und bedenket, daß in einem Monate hier die Kriegslager rauchen und Waffentosen und wüstes Handwerk statt der Harfenklänge in diesem Gemache schallen werden. Seid heiter und rüstet euch. In acht Tagen wollen wir den Weg antreten. Oder wüßtet ihr noch etwas gegen den Vorschlag?“

Sie wußten wohl beide nichts, aber wohlgenut waren sie auch nicht, sondern, wie immer, erkannten sie seine Absicht als gut und versprachen, in einigen Tagen zur Reise vollkommen vorbereitet zu sein. In dem schönen und heiteren Morgenzimmer, schwimmend im sanften Glanze der Vormittagssonne, geweiht durch die Anwesenheit zweier Engel und angehaucht von der ruhigen Naturfeier draußen, war nunmehr mit einem Male ein düsterer Flor herniedergefallen, hinter dem drei bekümmerte Gesichter standen: der Vater wegen der Mädchen, diese wegen der Sache, und wie

täglich erscheint, zu redigieren. Unter diesen Umständen sind wir keinen Augenblick imstande, uns von unserm Volkshaus, wo wir Tag und Nacht verbringen, zu trennen. So müssen wir uns begnügen, den Genossen des Internationalen Bureau unsere herlichen Grüße zu senden.

Wir halten es für unsere Pflicht, folgende Erklärungen zu geben: Noch vor der Mobilisation hat unsere Partei in einer großen Versammlung gegen die zum Kriege führende Politik protestiert und, im Einklang mit der Resolution der ersten sozialdemokratischen Balkankonferenz von 1909 eine demokratische Balkanföderation gefordert. In diesem Sinne hat auch unser Parteiorgan in der kritischen Zeit energisch geschrieben und demgemäß hat sich auch die Partei im Parlament verhalten.

Rußland hegt die Balkanstaaten zum Kriege — Rußland, dessen zaristische Politik dieses Blutbad braucht um durch die Schwächung der Völker ihre imperialistischen Zwecke zu fördern. Der Krieg auf dem Balkan lähmt die orientalische Revolution, hegt die Nationen, die in jedem Ort eine Mosaik darstellen, durcheinander und bedroht den Weltfrieden. Deshalb bitten wir die Genossen, sich mit der Lage der Balkanländer zu beschäftigen, vor allem die Genossen in den Großstaaten, die mit ihrer imperialistischen Politik die Situation verschärfen und durch ihre Diplomatie eine peride Rolle spielen, vor allem Rußland und Österreich, in der Presse und in den Parlamenten den Imperialismus und Kolonialismus zu bekämpfen. Denn die europäischen Regierungen wecken die Kriegsgelüste der Balkanstaaten und hindern dadurch ihren Zusammenschluß zu einer demokratischen Republik.

Der bulgarische Genosse Sakajow schreibt aus Sofia unter dem 10./23. Oktober über die Erfahrungen der jüngsten Zeit folgendes:

Jede sozialistische Partei soll ihre Maßnahmen gegen den Krieg schon lange vor der Mobilisationsorder treffen. Es ist notwendig, daß die Sache des Krieges unpopulär werde. Darum ist es Pflicht der Sozialisten, in Friedenszeiten eine möglichst starke Propaganda gegen den Krieg zu betreiben, um die Völker über die Argumente der bürgerlichen Parteien und den Mißbrauch, der mit den sogenannten Lebensinteressen getrieben wird, aufzuklären und die Auffassungen, die zu Konflikten führen können, zu widerlegen.

Ein Krieg mit einem Nachbarn, gegen den die Argumente, die man gegen die bürgerliche Verheißungspolitik ins Feld führt, nicht wirken, wie dies jetzt der Fall ist, wird ein populärer Krieg und die Sozialisten können gegen ihn nichts aussprechen. Dagegen wird ein Krieg für koloniale, imperialistische und kapitalistische Interessen immer unpopulär bleiben und den Sozialisten gute Aussichten in ihrem Kampf und Protest und selbst in ihrer Widerstandskampagne bieten.

Aus dem Schreiben des Genossen Papjewitsch besonders können wir lernen, was unsern Organisationen blühte, falls es den deutlichen Kriegsheern gelänge, Deutschland in einen Weltkrieg hineinzuziehen. Die ganze Kulturarbeit der Partei und der Gewerkschaften würde mit einem Schlag vernichtet, in dem allgemeinen Kriegslärm zerstört werden. Darum gilt es, dem Räte des Genossen Sakajow zu folgen und unablässig dahin zu wirken, daß jeder Krieg im Volke unpopulär bleibt und daß der Friedensgedanke des Sozialismus immer tiefere Wurzeln schlägt und immer breitere Aste ausdehnen kann.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorstand im Anstreich. In der Gemeinde Brackel im Landkreise Dortmund wurde am Donnerstag der Genosse Otto Gumann zum stellvertretenden Gemeindevorstand gewählt. Er vereinigete auf sich die Stimmen der Vertreter der dritten Abteilung, die nur aus Sozialdemokraten besteht, und auch die Stimmen der bürgerlichen Vertreter der zweiten Abteilung. Seine Amtsdauer geht bis 1918.

Gemeindevorstand. In Hahnenbach bei Oberstein an der Nahe haben unsere Genossen trotz des schlechten

auch jedes Rang nach Unbefangtheit, so war sie eben deshalb ungewinnbar.

Demgemäß trat er an das Fenster und schaute emsig nach dem Meier, damit nur die erste Befangtheit der Mädchen sich etwas kühlen möge, und als letzte er die Himmelskugeln zählen, die eben vom Süd heranzukommen begannen, so lange und sorglich sah er nach ihnen, die Hand ob den Augen haltend. Die Mädchen — es ist wunderbar, was für ein Zauber der Verhängung in geliebten treuen Augen liegt — zwei Blide waren es nur in die gegenseitige Güte derselben — — — Johannes Angst, eben noch riefig und unbefangbar, war alle ganz und gar verfloren. Der Vater kam lächelnd von dem Fenster herüber und sagte, wenn sie heute den Waldhain und nebher auch die schöne ferne anstehende Waldmauer sehen wollten, in der, wie in einer Kiste, ihr heiliges Waldhain liegt, so wägte dies bald geschehen, und er werde auch deshalb das Schraff vorläufig im roten Zimmer aufstellen; denn, trügen nicht alle Zeichen, so wäre gewiss heute noch ein Gewitter — er sah heimlich nach Johannes, deren Lippen, schon wieder in allem Purpur prangend, ein leichtes Lächeln zu hegen und zu bergen suchten, das er gleichwohl sah und kannte. Es gehörte nämlich zu seinen Schwächen, Gewitter zu prophezeien, und wenn auch zehn angebliebenen eines eintrat, so überzeugte als niemand fester von der Unmöglichkeit seiner Symptome als er selber. Ob er aber heute solche Symptome an dem spiegelreinen Himmel entdeckte, oder sich in der Treueigkeit seines Herzens nur betrie vorgelegen, um Reiz zur Heiterkeit zu werden — wer konnte es entscheiden? — Gewiss, er war überzeugt, daß er die Seite der ersten Spannung aus den ihm lieben Angehörigen schwinden sah, und wohl wissend, daß wenn er sie verlassen, er sie eben gegenwärtig in die besten Hände gebe, schritt er heiter und übergehend der Türe zu: „Clarissa, rief er, noch die Klänge in der Hand haltend, du wirst wieder mit deinem Lächeln die Treueigkeit bringen — überst dich deshalb nicht — ich habe vorher noch ein Geschäft, und wenn ihr fertig seid, mögt ihr gelegentlich in die rote Stube kommen und es mit Jagen lazen — aber erst deshalb nicht.“

Und jetzt zog er die Tür hinter sich zu.

Einige geliebte Menschen! Ob ihnen auch der Vater die Treueigkeit ihres Angewesens selbst in den Mund legte, als Gelegenheiten sich zu vertieren und zu besprechen, so waren sie doch zu unglücklich, ihn zu verlassen, sondern sie sprachen sich magles, was war irgend einem Jagen zustande zu bringen, daß er nicht zu lange warten dürfe.

Nur ein einziges Mal hatten sich die Schwägerin, als er fort war, bewegt und auch drei lange Augen auf die Lippen

Wahlrechts von den zwölf Gemeinderatsmitgliedern 1888 erobert.

Zum Schandprozeß in Lawrence.

Aus New York wird uns geschrieben:

In Salem (Massachusetts) hat nun endlich der Prozeß gegen die schändliche Weise des Mordes angeklagten Leiter des siegreichen Lawrence Weberstreiks vom vorigen Winter, Ettore und Giovanni, begonnen. Die beiden Arbeiterführer, Beamte der „Industrial Workers of the World“, schmachten, entgegen der im Wolltruff-Staate Massachusetts geltenden gesetzlichen Bestimmung, daß Untersuchungshaft nicht über einen Zeitraum von sechs Monaten hinaus ausgedehnt werden soll, schon seit fast neun Monaten im Gefängnis, obwohl an ihrer völligen Unschuld nicht der mindeste Zweifel besteht. Die Anklageschrift, die zur Verlesung kam, bestätigt, daß die beiden Genossen Opfer einer frech- aberwitzigen Rechtsverdrängung der kapitalistischen Banditenjustiz sind, wie sie höchstens in der Chicagoer Anarchistenmordschänderei ihresgleichen findet, nur, daß die amerikanischen Arbeiter heute nicht mehr dieselben sind, wie vor fast 25 Jahren, und demnach die Sache auch anders auslaufen wird. Ein gegen den Willen der Führer ausgebrochener gewaltiger Demonstrationstreik in Lawrence, der noch weiter um sich zu greifen scheint, und mächtige Demonstrationen des Proletariats im ganzen Osten des Landes haben das machthabende Verbrechen über die seit dem Chicagoer Blutbad in den Arbeitermassen eingetretene Wandlung belehrt. Die Anklage unternimmt tatsächlich das Ungeheuerliche, die beiden Männer lediglich und ausschließlich mittels einer aus „aufreizenden“ Reden konstruierten „indirekten Verantwortung“ auf den elektrischen Stuhl zu bringen. Daneben präsentiert der Staatsanwalt aber auch einen Beifelder zur Tat, als den man den dritten Angeklagten, einen gewissen Caruso, betrachten soll, insofern, als Caruso dem Manne, der den tobbringenden Schuß abfeuerte, erlaubt haben soll, die Waffe in jenem Augenblick auf seine, des Angeklagten, Schulter zu legen. Nur einen Mann, den eigentlichen Täter, hat die Behörde sich entgehen lassen, obwohl man den Mordtaten gleich nach der Tat überall mit Namen nannte und auch die Polizei ihn genau kannte: den Polizisten Beoit. Der Kerl blieb unbefangt, und dafür sollen jetzt die beiden Gewerkschaftsbeamten, die während der Tat ahnungslos in dem meilenweit vom dem Tatort entfernten Bureau ihres Verbandes saßen, ums Leben gebracht werden — denn den intellektuellen Urheber der Mordtat, als der nach der Anklage sowohl Ettore als Giovanni gelten soll, bedroht das Gesetz des Staates Massachusetts genau so mit der Todesstrafe, wie den Täter. Um die ganze Niedertracht dieses kapitalistischen Anschlages zu ermessen, bedenke man, daß das unglückliche Opfer des Polizeimordes, für den die Yankeejustiz jetzt die Streikleiter zur Richtstätte schleifen will, eins der streifenden Mädchen war, Anna La Pizze. In moderner Abwandlung zeigt sich in dem Justizkomplott gegen Ettore und Giovanni noch die alte perverse Heuchelei des Puritanentums, die den Staat Massachusetts bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein mit allen Graueln der Hexenprozesse und Keizerverfolgungen schändete. Alles spricht dafür, daß bei den Textilarbeiter von vornherein die Absicht bestand, die beiden Streikführer durch Inszenierung eines Verbrechens, dessen Urheberhaftigkeit sich auf irgendeine Weise den bitter gehafteten Agitatoren aufhalsen ließ, nicht nur hinter Schloß und Riegel, sondern auch vom Leben zum Tode zu bringen. Zuerst versuchten die kapitalistischen Verschwörer das nach bewährtem Chicagoer Muster, indem sie zum Dynamit griffen und es auf einen Massenmord an Streikern und gänzlich unbeteiligten kleinen Geschäftsleuten ankommen ließen. Vom 27. Januar bis zum 25. Februar folgte ein polizeilicher Dynamit-„Fund“ dem anderen, und obwohl die Arbeiterführer von Anfang an erklärten, es handle sich um nichts an-

deres, denn um Teufeleien des Wolltruffs, wurden ungeschuldige Arbeiter buhnenweise eingefertert. Immerhin ging den kapitalistischen Dynamitarden schließlich die Sache nicht ganz nach Wunsch. Das Dynamit wollte in keinem Falle rechtzeitig explodieren, und am Ende wurde ein Freund des Wolltruff-Präsidenten, der Schul-Kommissar und Bürgermeister-Sohn Breen, dabei abgefangen, wie er Dynamit in ein Arbeiterlokal einzuschmuggeln versuchte. Mister Wood, der erwähnte Truff-Präsident selber, wurde nicht lange danach mit samt einem anderen Textilfabrikanten als Komplize und Anstifter der Dynamitereien verhaftet, nachdem noch ein anderer der kapitalistischen Verschwörer, namens Pitman, Selbstmord begangen hatte. Breen kam zwar als geständiger Dynamitard mit 50 Dollar Geldstrafe (!) davon, und die beiden Truffhauptideen gar wurden gegen Barbürgschaft vorläufig auf freien Fuß gesetzt, und das durch denselben richterlichen Schuff, der in den ersten Tagen des Streiks „Ueberzeit arbeitete“, um zwei Duzend der Streiker ohne die Umständlichkeit der Untersuchung in Zeit von ein paar Stundenlein zu je einem, manche sogar zu je zwei Jahren Gefängnis zu verurteilen. Diese ganze Vorgeschichte des Falles, die selbst in den rückständigsten Ländern Europas als unerhört und ungeheuerlich empfunden werden würde, läßt keinen Zweifel über die Gefahr der Situation. Dasselbe kapitalistische Gauner- und Verbrechertum, das sich im Klassenkampfe des Dynamits bedient, trachtet jetzt zwei Arbeiter nach dem Leben, denen es mit Hilfe hinverbrannter Konstruktionen eines korrupten Staatsanwalts die Schuld an der Bluttat eines Polizeistrolches aufbürdet. Die Wachsamkeit des amerikanischen Proletariats wird den ruchlosen Anschlag auf das Leben Ettore und Giovanni zuzufinden machen, das sonst bei der Ungeheuerlichkeit amerikanischer Zustände so wenig sicher wäre, wie das irgend eines anderen Arbeiterführers im Yankee Lande.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnabzüge zugunsten gelber Unterstützungsvereine. Am 1. November fand vor der Kammer V des Berliner Gewerbegerichts ein Rechtsstreit seine Erledigung, der dort länger als ein Jahr schwebte. Seit September 1911 fordert ein Arbeiter S. durch Klage vor dem Gewerbegericht von der Werkfirma Siemens & Halske einen Restlohn, der ihm als Beitrag für den gelben Unterstützungsverein einbehalten wurde. Der Kläger war in dem zu den Siemenswerken gehörigen Werner-Werk am Nonnendamm in Spandau beschäftigt. Bei seinem Eintritt mußte er einen Aufnahmesechein für den gelben Unterstützungsverein und zugleich einen Revers unterschreiben, wonach ihm neben den gesetzlich begründeten Abzügen auch die Beiträge zu dem Unterstützungsverein abgezogen wurden. Bei der Entlassung hatte der Arbeiter wiederum einen Revers unterschreiben müssen, daß er keinerlei Forderungen mehr an die Firma habe. Durch Urteil verlangte der Kläger nun festzustellen, ob eine derartige Einbehaltung seines verdienten Lohnes mit Recht und Gesetz vereinbar sei. Man hätte annehmen sollen, der Firma wäre selbst mit daran gelegen gewesen, durch Gerichtsurteil festgestellt zu wissen, ob sie die Beiträge vom Lohn einbehalten dürfe. Wer jedoch zu der Ansicht gelangte, hatte sich gewaltig getäuscht. Durch alle möglichen Verschleppungsmanöver suchte sie sich um eine materielle Entscheidung herumzudrücken. Zunächst machte der Vertreter der beklagten Firma, Dr. jur. Burhann, den Einwand der drückenden Anzuständigkeit des Berliner Gewerbegerichts. Da jedoch der Hauptfah der Siemenswerke in Berlin ist, mußte er mit diesem Einwand abgewiesen werden. Dann kam er mit einem neuen Verschleppungsantrag. Er machte Verjährung geltend. Endlich lehnte der Vertreter der Firma alle vier Beiziger des Gewerbegerichts wegen Besorgnis der Befangtheit ab, weil sie der sozialdemokratischen Partei angehören. Als in einem späteren Termin über den Abrechnungsantrag unter Hinzuziehung anderer Beiziger verhandelt werden sollte, lehnte er wieder die beiden Arbeiterbeiziger als befangen ab. Die beiden Beiziger seien Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins und ständen in einem Anstellungsverhältnis zu dem am Ausgange des Rechtsstreites stark interessierten Metallarbeiterverband. Das Gewerbegericht gelangte natürlich zur Ablehnung dieser Anträge, denn

gebrüdt als feste, kräftige, unzerbrechbare Versicherungen und Siegel gegenseitigen Schutzes und Beisammenbleibens.

So wunderbar ist die Macht der Liebe, daß ihr Strahl, wenn er bei Gefahr und Not aus dem andern Auge bricht, gleich eine eherner Mauer von Zuerst um unser Herz erbaut, wenn er gleich aus den Augen eines jagen Mädchens kommt, das selber alles Schutzes hat und bedürftig ist.

Freudigkeit, Zutrauen, ja sogar Lustigkeit, Sätzen und Reagiere war aus jenen Käffen in die Herzen der Mädchen gekommen, und sie lachten, wenn sie in der übertriebenen Eile des Anziehens etwas verhaspelt und abgeschmackt erzielten.

Sie eilten, da sie endlich fertig waren, in das rote Zimmer und trafen dort den jungen Jäger, dem der Freiherr eben eine Strafpredigt über sein geiziges Fahren und Hasekieren hielt — „Jetzt geh“, schloß er, da er die Mädchen eintraten sah, „geh und tolle dich — — — nun, nun, Sebastian, bin ich denn so janzbar“, rief er in sanfterem Tone dem Burcklin nach, „daß du dich so eilig und so listig fortputest? laße dir unten einen Beher Wein geben, oder meinetwegen zwei. Jetzt geh.“

Der Jäger ging und der Vater wendete sich äußerst vergnügt an die Mädchen. „Et, et, ihr seid ja sehr bald fertig geworden; schon wie schon — jetzt wollen wir das Rohr aufstellen und durchsehen.“ Und so geschah es.

Waldwanderung.

Es sind noch heutjutage ausgedehnte Wälder und Forste um das Quellengebiet der Nahe, das ein Bar keine Seltenheit ist und wohl auch noch Luchse getroffen werden: aber in der Zeit unserer Erzählung waren die Wälder über alle jene bergigen Landstriche gedeht, auf denen jetzt gerettet ist und die Waldarbeiter stehen mit ihren fleingeteilten Feldern, weißen Kirchen, roten Kreuzen und Gerichten voll blühender Waldhain. Wohl acht bis zehn Regentagen gingen sie damals in die Breite, ihre Länge beträgt heute noch viele Tagereisen.

In dem Laufe eines frühen Waldwassers, das so klar wie flüssiges Glas unter rauheren Erlaubnissen hervorbricht, führt ein gewundenes Tal entlang und in dem Tale geht heutjutage ein reinlicher Weg gegen das Holzdorf Strichberg, das keine malerischen hölzernen Waldhäuser zu beiden Seiten des Baches auf die Abhänge heranzugewandert hat. Diese Abhänge prangen mit Ratten der höchsten Bergkranter und mit mancher Herde, deren Gelände mit einzelnen Klängen laßt empordrängt zu der oben herrlichen Stille der

Wälder. Damals war weder Wald, noch Laub, sondern nur das Tal und der Bach, jedoch diese noch schöner, noch frischer, noch jugendlicher, als jetzt, besetzt mit hohen Bäumen der vorfindenden Art. In der einen Seite des Wassers standen sie so dicht, daß sich der grüne Rasen wie ein reines Tuch zwischen den Stämmen hingog, ein Teppich, weich genug selbst für den Fuß einer Königsstochter. Aber kein Fuß, schien es, hat seit seinem Beginne diesen Boden berührt, als etwa der leichte Tritt eines Rehes, wenn es zu dem Bache trinfen kam, oder sonst zwischen den Stämmen und Sonnenstrahlen lustwandelt ging. Heute aber war der Tag gekommen, wo die Heerjäger der Gräzer und Wämler dieses Rasens, ungleich ihren tausendjährig stillen und einsamen Anherrn, zum erstenmal etwas anderes sehen sollten, als Laubgrün und Himmelsblau und etwas anderes hören, als das Gemurmel der Wellen.

Klare, liebliche, silberhelle Menschenstimmen — Mädchenstimmen — drangen zwischen den Stämmen vor, unterbrochen von dem teilweisen Anschläge eines feinen Glöckleins. — Gleichsam wie laufend dem neuen Wunder hielt die Widnis den Atem an, kein Zweig, kein Laubzweig, kein Halm rührte sich — die Sonnenstrahlen traten ungehört auf das Gras und prägten grüngoldene Spuren — die Luft war unbeweglich, blank und dunkelblau — nur der Bach von seinem Geleche gezwungen, sprach unaufhörlich fort, flüchtig über den Schmelz seiner Kiesel schlüpfend wie über eine bunte Glasur. — Näher und näher klangen Stimmen und Glöcklein. — Plötzlich sprang eine Gestalt vor — eilig, wie ein Libussas Mutter in schneeweißem Kleide sah sie auf schneeweißem Pferdlein, das so zartfüßig wie ein Reh kam den Rasen eindringend, halb hüpfend, halb spielend seine Last wie eine schwebende Feder zwischen den Stämmen hervortrag; — zwei Diamanten leuchteten voran, neugierig das fernere Geheimnis des Waldes suchend — Johannes Augen waren es, die heiter, glänzend, freudig vorausflogen, um die Schönheit des Tages und die ausnehmende Lieblichkeit des Blühens vorweg zu genießen — auch das Pferdchen, Lust gewinnend zwischen den hochschäftigen weitstehenden Bäumen, spielte neckisch vorwärts, baumelnd und neigend mit Kopf und Hals, als wollte es zu eigener Freude recht oft das silberne Glöcklein erklingen lassen, das es an himmelblauen Bände um den Nacken trug. Hinter Johanna erschien nun auch Clarissa, auf einem ähnlich gezäumten Pferde, das aber hellbraun und ohne den kindlichen Schmud des Glöckleins war. Sie trug ebenfalls ein weißes Kleid.

(Fortsetzung folgt.)

es könnte keinen Grund für die Befangenheit der Richter finden. Auf sofortige Beschwerde hatte sich auch das Landgericht Berlin I mit der Sache zu beschäftigen. Trotzdem die Beklagte alle möglichen Gründe für eine Befangenheit der Richter beizubringen suchte, kam auch die 8. Zivilkammer des Landgerichts zur Ablehnung der Beschwerde. In den Abweisungsgründen hieß es, daß ein Beweis für die Befangenheit der Richter nicht erbracht sei. Es sei nicht zu verkennen, daß die politische Anschauung der Richter, insbesondere auch ihr etwaiger sozialdemokratischer Standpunkt, sie hindern könnte, das Recht zu finden. Durch diese Verschleppungsmanöver, mit denen die Angeklagte allerdings keinen Erfolg erzielen konnte, wurde die materielle Entscheidung in immer weitere Ferne gerückt und erst am 18. Oktober wurde in die eigentliche Verhandlung eingetreten. Als Vertreter des Klägers begründete Wolf Cohen (Angestellter des Metallarbeiterverbandes) den Klageantrag: Der Kläger hat 38 Wochen im Dienste der Firma Siemens & Halske gestanden. Während dieser Zeit seien ihm wöchentlich 32 Pf. als Beitrag für die sog. Unterstützungsvereinigung (gelber Verein) abgezogen worden. Er fordere die Rückzahlung der Beiträge, denn dieser Abzug sei ungesetzlich und verstoße gegen § 194 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Wenn die Firma einwende, sie sei nur Inlassomandantin des Vereins, so treffe dies nicht zu, denn sie habe auch ein eigenes materielles Interesse daran, daß recht viel Beiträge für den gelben Verein eingingen. Nach Ansicht der Beklagten müsse auf die Unterstützungsvereinigung der § 117 der Gewerbeordnung angewandt werden. Dieser Paragraph könne jedoch selbst bei der loyalsten Auslegung keine Anwendung finden, denn er wolle nicht, daß die Unternehmer die Beiträge zu den Gewerkschaften abziehen. Der gelbe Verein solle ja zwar nur eine Unterstützungsvereinigung sein, aber selbst der Syndikus Dr. Zellinger habe ja gesagt: „Die gelben Vereine seien die Organisationen der Zukunft.“ Einmal spreche man also den Gelben den Charakter der Gewerkschaften zu, dann sollten sie jedoch wieder nur Unterstützungsvereine sein. Der § 117 der Gewerbeordnung könne also auf keinen Fall auf diesen gelben Verein angewandt werden. Der Vertreter des Klägers stütze seine Behauptungen usw. noch auf ein umfangreiches Gutachten des Privatdozenten Dr. Walter Zimmermann, das den wahren Charakter der gelben Sumpfpflanzen darstelle. Das Gutachten kommt zu der Schlussfolgerung, daß ein gelber Verein, auch wenn praktisch seine Unterstützungsleistungen einen großen Teil seiner Tätigkeit ausfüllen, und seine Unterstützungsleistungen dem jeweils bedürftigen Mitglieder erhebliche Vorteile gewähren, unter sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht als ausschließliche Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter angesehen werden kann, wie sie die Auslegung des § 117 G.-O. fordert. Der Vertreter der beklagten Firma machte nicht einmal den Versuch, das Recht des Abzuges jener Beiträge nachzuweisen, er stützte sich vielmehr auf einen Revers, den der Kläger bei seinem Austritt aus der Firma unterschrieben habe. Danach habe er keinerlei Forderungen mehr an diese. Durch Urteil wünschte er festgestellt, daß dieser Revers rechtsgültig sei. (Daß derartige Ausgleichsleistungen eine Abnötigung darstellen und rechtswidrig sind, hat ja das Landgericht Leipzig erst dieser Tage durch Urteil festgestellt.) Der Beschluß des Gerichts sollte nun am 30. Oktober verkündet werden; der Termin fiel jedoch der Vertagung anheim, weil der Vertreter der Beklagten wieder einmal verschleppen wollte und garnicht erschienen war. — Am 1. November fand nun endlich der Schlusstermin statt, in dem es jedoch eine neue Überraschung gab. Nachdem der Beschluß des Gewerbegerichts — der auf Weiterverhandlung lautete — verkündet ward, erklärte der Vertreter der Beklagten, er müsse jede weitere Verhandlung ablehnen, denn der Beschluß des Gerichts liefere ihm einen neuen Beweis von der Befangenheit des Gerichts. Er packte seine Akten zusammen und verließ demonstrativ den Sitzungssaal. Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht, daß die Beklagte dem Klageantrag entsprechend verurteilt sei. Sie muß also dem Arbeiter S. die abgezogenen Beiträge für die Unterstützungsvereinigung zurückerstatten. Eine Begründung des Urteils, das als Verfallurteil angesehen wurde, wurde nicht gegeben.

Terrorismus der Grubenherren. Auf der Zeche „Freie Vogel und Unverhofft“ bei Hörde, die vor einigen Monaten in den Besitz der Unglückszeche „Lothringen“ übergegangen ist, ereignete sich wieder ein unglaublicher Fall, der zeigt, daß in der Tat gesetzliche Maßnahmen gegen den unerträglichen Terrorismus der Grubenherren notwendig sind. Am Sonntag vor 8 Tagen hatte eine Belegschaftsversammlung der genannten Zeche stattgefunden. Ein Mitglied der Belegschaft hatte sich erlaubt, in der Versammlung das Wort zu nehmen. Darauf wurde der Bergmann unter Auszahlung des Lohnes für sechs Schichten entlassen. Nebenbei bemerkt, ließ man ihn ganz unverblümt wissen, daß er wegen seines Auftretens in der Versammlung entlassen worden sei. Bis hierher hat die Sache nichts Ungewöhnliches; ähnliches passiert sehr oft, auch auf anderen Zechen. Die Zeche „Freie Vogel und Unverhofft“ tat aber mehr. Sie schrieb dem Gemäßigten auf seine Karte für den Arbeitsnachweis den Vermerk, daß er, der Gemäßigte, kontraktbrüchig geworden sei. Natürlich völlig der Wahrheit zuwider, sonst hätte die Verwaltung der Zeche dem Bergmann den Lohn für sechs Schichten abgezogen und nicht, wie geschehen, ihm den Lohn für 6 Schichten freiwillig ausgezahlt. Diese Karte mit dem wahrheitswidrigen Vermerk ist ein Urisasbrief, der den Betroffenen vogelfrei macht, ihn von der Arbeit aussperrt. Tatsächlich wurde ihm auf dem Arbeitsnachweis nach Einsichtnahme der Karte mitgeteilt, daß er für drei Monate ausgeschlossen sei. Ueber diesen Fall, der drastisch zeigt, was sich die Bergleute bieten lassen müssen, dürfte noch mehr geredet werden.

Wieder ein betrügerischer Streikbrecheragent. Bei der Firma Metallindustrie Schönebeck a. E. streifen die Arbeiter seit einigen Wochen, weil die Firma an dem ohnehin schon niedrigen Affordverbiensten noch weitere Abzüge vorgenommen hat. Als Ersatz für die Streikenden wurden auch hier Hinzugemietet angeworben. Dieser Tage fand nun vor dem Amtsgericht Schönebeck a. E. eine Verhandlung statt, veranlaßt durch die Klage eines Arbeitswilligen gegen die Firma wegen plötzlicher Entlassung. Der Kläger war als Arbeiter eingestellt worden und wurde plötzlich entlassen, als die Firma erfuhr, daß der Agent, der die Arbeitswilligen vermittelt, sie betrogen hatte. Hierüber teilte die Firma dem Gericht folgendes mit:

„Von den durch den Agenten vermittelten 38 Arbeitswilligen reisten 27 wieder ab; der Agent Möller reiste ebenfalls wieder ab, um dem Auftrag der Beklagten gemäß etwa weitere 70 Arbeiter zu engagieren. Er erhielt zu diesem Zwecke auf seinen Antrag 700 Mark gezahlt, um diese als Reisegeld für die zu engagierenden Arbeiter zu verwenden. Er ist jedoch mit diesem Gelde flüchtig geworden, hat irgendwelche Arbeitskräfte für die Firma nicht engagiert, und ist auf Veranlassung der Beklagten vor einigen Tagen in Königsberg in Ostpreußen wegen Betruges verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden.“

In wie vielen Fällen mag der ehrenwerte Herr Streikbrecheragent wohl ähnlich so gehandelt haben? Denn in der Regel werden wohl die folgermaßen Geschäftigen ganz verwegene sein, um zu dem Schabernack nicht auch noch den Spott zu haben. Eine Lehre hat übrigens die Firma Metall-

industrie in Schönebeck a. E. aus ihren üblen Erfahrungen nicht gezogen, denn sie verhandelt schon wieder mit anderen Streikbrechervermittlern, die ihr gelbe Arbeitswillige liefern sollen.

Soziales.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. In Bochum wählten von ca. 2800 Wahlberechtigten 1931. Die Gruppen, die dem Hauptausschuß angeschlossen sind, erhielten auf ihre Listen insgesamt 1492 Stimmen, die Freie Vereinigung 192 und der „Zweckverband“ (Werkfandibanden) 247 Stimmen. Zu wählen waren 4 Vertrauensmänner und acht Ersatzmänner. Die Freie Vereinigung erhielt einen Ersatzmann, der Zweckverband gleichfalls einen Ersatzmann. Die übrigen Sitze verteilten sich auf die Nachläufer des Hauptausschusses. — In G. r. l. i. h. entfielen auf die Liste der Freien Vereinigung zwei Ersatzmänner. Drei Vertrauens- und vier Ersatzmänner verteilten sich auf vier im Hauptausschuß vereinte Listen. Bei der Wahl der Arbeitgeber fehlten einer von Parteigenossen aufgestellten Liste nur zwei Stimmen, um einen Ersatzmann zu erhalten. — Die Beteiligung der Angestellten an der Wahl war eine außerordentlich starke; 1559 gültige Stimmen wurden abgegeben. — In Minden in Westfalen war die Wahlbeteiligung äußerst schwach; es wurden nur 235 Stimmzettel abgegeben. Die Liste des Hauptausschusses erhielt 209 Stimmen, die der Freien Vereinigung 26 Stimmen. Die Freie Vereinigung bekommt einen zweiten Ersatzmann. — Im Wahlbezirk Lechhausen-Friedberg-Mering erhielt die Liste der Freien Vereinigung 66 Stimmen, die des Hauptausschusses 39 Stimmen. Die Freie Vereinigung bekam zwei Beisitzer und vier Ersatzmänner, die Deutschnationalen und ihre Verbündeten einen Beisitzer und zwei Ersatzmänner. — In Z. i. c. h. entfiel auf die Liste der Freien Vereinigung ein Ersatzmann. — In Dortmund wurden insgesamt 2377 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Freie Vereinigung 618, einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute. — Im Kreise Teltow entfielen auf die Freie Vereinigung und eine mit ihr verbundene Liste 1707 Stimmen, auf die Hauptausschuß-Organisation 1889 Stimmen. Die Freie Vereinigung erhält einen Vertrauensmann und 3 Ersatzmänner, der Hauptausschuß 2 Vertrauensmänner und 3 Ersatzmänner.

Viertausendfiebshundertundfünfzig Mark für 100 Mark! Die Dittersdorfer Holz- und Kräutentuchfabrik verteilt seit 10 Jahren alljährlich 20 Prozent Dividende, trotzdem sammelte sie bei 2,0 Millionen Aktienkapital 1,9 Millionen Mk. Reserven. Jetzt wird man das Aktienkapital auf 2,5 Millionen Mark erhöhen; damit etliches Geld aus den Reserven wegfällt, erhalten die Aktionäre 100 Prozent des Nominalwertes geschenkt, zu 110 müssen sie die Aktien bezahlen, also 100 Mark für jede 1000 Mark-Aktie ausgeben. Der Kurs des Papiers steht auf 475 — sie erhalten also 4750 Mark für 100 Mark! Ein feines Geschäft — die Arbeiter hungern, es ist Fleischnot, Teuerung!

Kommunales.

Der Hausknechtsparagraph in der Kommune. Die Stadtverordneten von Köslin hatten in ihrer letzten Sitzung eine Verschärfung der Geschäftsordnung zu beraten. So sollte z. B. derjenige mit Geldstrafe oder mit Ausschluss aus der Sitzung bestraft werden, der aus einer geheimen Sitzung berichtet oder sich eine Verlegung der Geschäftsordnung zuschulden kommen läßt. Dem energischen Vorgehen unserer Genossen gelang es schließlich, die Mehrheit der Versammlung von der Entwürdigung, die dieser Maulkorb- und Hausknechtsparagraph für die Stadtverordneten bedeutet, zu überzeugen, sodass die Vorschläge nach längerer und heftiger Debatte abgelehnt wurden. Auf Anregung unserer Genossen wurde dann noch beschlossen, daß dem zur Ordnung gerufenen Mitgliede der Versammlung das Recht der Beschwerde an die Versammlung zuzulehen soll.

Viersteuer und Kinossteuer. Wie die „National-Zeitung“ erfährt, wird der Berliner Magistrat eine Viersteuer beantragen in der Höhe von 1/4 Pf. pro Liter. Außerdem soll eine Kino-Steuer eingeführt werden, die nach den Preisen der Plätze abgestuft ist. Die neuen Steuern werden damit begründet, daß die Ausgaben der Stadt Berlin in den letzten Jahren ganz erheblich gewachsen sind, so daß neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen.

Aus dem Gerichtssaal.

„O welche Lust, Soldat zu sein!“ Von einem beklagenswerten Geschick ist der Grenadier Bloch von der 6. Kompagnie des Regiments „Königin Elisabeth“ ereilt worden. Bloch hatte sich am Dienstag vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps wegen der schwersten militärischen Verbrechen und Vergehen zu verantworten. Es wurde ihm Aufwiegung, tätlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten, Achtungsverletzung und Beleidigung zur Last gelegt. Ein aufregender Erzech, der sich am 25. August auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz abspielt hat, bildet die Grundlage zu der schweren Anklage. Am Tage vorher hatte ein Grenadier bei einer Übung auf dem Schießplatz seine Schippe verloren, und als dies der Kompagniechef erfuhr, befahl er am Sonntag morgen dem Unteroffizier S. S. S. mit den Leuten seiner Korporalschaft auf die Suche nach der Schippe zu gehen. S. hätte mit den Leuten das ganze in Frage kommende Terrain in zwei Stunden absuchen können. Er brauchte jedoch über vier Stunden dazu. Es dauerte dies aus dem Grunde so lange, weil er die Leute fortwährend unnütz ausschwärmen ließ und sie unvorschriftsmäßig behandelte. Der Unteroffizier quälte andauernd die ganze Korporalschaft. Die Leute mußten hin- und herrennen, und dabei meinte S. S. S. er werde die Brüder schon „warm“ kriegen. Schließlich wurden die Leute schlapp, und ein Grenadier meinte, er sei mit seinen Kräften zu Ende. Die Leute, die ohnedies schon über die Sonntagsarbeit nicht angenehm berührt waren, mußten sich dann an einem Sammelplatz einfänden, und nun mußten sie in ihrer Würdigkeit noch fortwährend Schmäntzungen machen und auf- und niederpringen. Da rief einer der Leute, es war dies Bloch, plötzlich: „A u d a!“ Dies sollte ein Schimpfwort für den Unteroffizier sein. S. war von einem Linienregiment zur Garde gekommen, und aus diesem Grunde war das Wort auf ihn gemünzt. Als S. den B. fragte, ob er gerufen habe, gab er dies zu und kurz darauf stürzte er sich mit dem Rufe: „Heißt Kameraden! Jetzt haben wir ihn! Er hat uns lange genug getriezt!“ auf den Vorgesetzten, umklammerte mit beiden Händen seinen Hals und suchte ihn zu würgen. Die anderen Grenadiere sprangen jedoch hinzu und rissen Bloch von dem Unteroffizier fort. S. S. S. meinte jetzt vor dem Grenadier Bloch aus und rief ihm zu: „Warte nur, Du Koter!“ Bloch wurde dann abgeführt und ins Untersuchungsgefängnis gesteckt. Wie die Kameraden befanden, hatten sie während des Überfalles bei Bloch ein Augenrollen beobachtet. B. war vollständig bleich geworden. Das Kriegsgericht der 2. Gardedivision erkannte seinerzeit auf fünf Jahre und einen Tag Gefängnis, und S. S. S. wurde wegen Mißhandlung Untergeordneter zu vier Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilt. Er legte beim Oberkriegsgericht Berufung

ein, die aber verworfen wurde. Dagegen gelangte das Oberkriegsgericht bei Bloch zu einem freisprechenden Urteil. Der als Sachverständiger vernommene Stabsarzt Dr. Kofel führte unter anderem aus, daß hier unbedingt der Schutz des § 51 des Reichs-Strafgesetzbuches Anwendung finden müsse. Er habe bei Bloch hochgradigen Schwachsinns und schwere Dämmerungszustände konstatiert. Es handle sich hier um angeborenen Schwachsinns; Bloch habe schon in der Jugend an starkem Jähzorn gelitten und sei schon auf die Lehrer losgegangen. Der sogenannte Jugenddirigist, von dem der Angeklagte befallen sei, habe beim Militär noch zugekommen, und die Schleiereierei hätten den Zustand der Verblödung noch beschleunigt. Bloch sei heute ein hochgradiger Psychopath. Er befindet sich augenblicklich in einem derart verblödeten Zustand, daß er nicht einmal seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Kaufmann, mit dem er häufig zusammengekommen ist, erkennt, und auf die einfachsten Fragen keine Antwort zu geben vermag. Das Gericht schloß sich ohne weiteres dem Gutachten an und erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung.

Aus Nah und Fern.

Strahnenbahnunglück in Posen. Ein Anhängewagen der Elektrischen Strahnenbahn, der wegen schlechten Funktionierens der Bremse außer Betrieb gesetzt werden sollte, ist gestern vormittag 10 1/2 Uhr beim Loskoppeln an einer abschüssigen Stelle in der Berliner Straße den Händen der Haltenden entglitten und in immer schneller werdenden Tempo die Berliner und die Neue Straße bis auf den Alten Markt hinabgefahren, wo er aus dem Gleise ausprang und in ein großes Sausenfenster hineintraf, das völlig zertrümmert wurde. Der Vorderperron des Wagens wurde schwer beschädigt. Der Schaffner hat einen Armbruch erlitten; er hatte sich ganz allein auf dem abgeköpften Wagen befunden. Eine Frau hat einen so schweren Schädelbruch erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Ein junges Mädchen hat eine schwere Hüftverletzung davongetragen und eine andere Frau einen Oberschenkelbruch erlitten; auch mehrere Straßenpassanten sind verletzt worden. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Fünf Personen sind in das städtische Krankenhaus gebracht worden.

Das Ehrenmitglied. Der Vorstand des Kriegervereins in R. o. n. i. k. hat den Hauptmann J. D. Kammler am 29. Oktober zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. In dem bekannten Prozeß Knittel gegen Kammler hat das Gericht die Behauptung, Hauptmann Kammler sei ein „böser, artiger Geisteswacher“, vor dem man sich in acht nehmen müsse, und der wahre Freude am Bestrafen habe, für erwiesen erachtet. Diesen Mann hat man zum Ehrenmitglied des Kriegervereins ernannt! Einen größeren Dienst konnten sich die Kriegervereine wirklich nicht leisten. Höher geht's nimmer!

16 Passagiere ertrunken. Ein kleiner Passagierdampfer scheiterte auf der Fahrt von Montreal nach Valleyfield in der Nacht während eines schrecklichen Sturmes auf dem See Saint Louis. 16 Passagiere, Männer, Frauen und Kinder, ertranken. Nur vier wurden gerettet.

Bei einem Kampf zwischen Räubern und Polizei in Lodz wurden ein Polizeihauptmann und ein Räuber getötet. Mehrere sind schwer verletzt.

Schweres Brandunglück. Gestern früh um 2 Uhr ist in dem großen Warenmagazin von John Barker in Kensington bei London ein Brand ausgebrochen, dessen man erst um 7 Uhr Herr werden konnte. In dem Magazin haben zahlreiche Angestellte Schlafräume. Nach den bisherigen Feststellungen sind vier weibliche Personen, die aus dem Fenster sprangen, umgekommen und elf schwer verletzt worden, darunter ein Feuerwehrmann.

Der Richter . . . in anderen Umständen. Eine interessante Anekdote aus der neapolitanischen Revolution vom Jahre 1799 veröffentlichte Benedetto Croce in einem Geschichtswerk über diese Periode. Die revolutionäre Bewegung gegen die Bourbonen war niedergeschlagen und ihre Führer ins Gefängnis geworfen worden, wo sie des rächenden Galgens harzten. Unter den Verurteilten fand sich eine Frau, Luisa Sanfelice, die, um dem Scharfrichter zu entgehen, fälschlich angab, schwanger zu sein. Es wurde ihr Sachverständigenkollegium berufen, und die wackeren Ärzte, die sich weigerten, dem Henker in die Hände zu arbeiten, bestätigten die Schwangerschaft. Die bourbonische Rache verstand es aber zu warten, und so stellte sich der fromme Betrug heraus. Einer der blutdürstigsten Richter der Reaktion, der Rat Speciale, der von Anfang an die Schwangerschaft der Unglücklichen bezweifelt hatte, sagte nun triumphierend zu seinem Hausarzte, einem der Mitglieder der Sachverständigenkommission: „Ich hab's ja gleich gesagt, daß die Schwangerschaft fingiert war.“ Der Hausarzt gab ihm zur Antwort: „Wissen Sie, Herr Rat, wenn es einen Menschen auf der Welt gibt, der den Galgen verdiente, so sind Sie das. Trotzdem, wenn Sie zum Tode verurteilt wären, auf Ehre und Gewissen, ich bezeuge Ihnen sofort, daß Sie schwanger sind.“ — Die Frau erntete übrigens ihrem Schicksal nicht.

Hochwasser im Moselgebiet. Infolge des andauernden Regenwetters führt die Mosel Hochwasser. Seit Sonnabend abend ist der Wasserstand am Pegel um 3 Meter gestiegen. Man befürchtet eine Hochwasserkatastrophe.

Er mordung einer Prostituierten. Sonnabend wurde im Bois de Boulogne bei Paris eine Frau erdrosselt aufgefunden. Es handelt sich um die 29jährige Prostituierte Juliette Souavin. Der Mörder suchte sie zu verscharren, wurde aber von zwei Begleitern der Prostituierten, die sie suchten, gestört. Es gelang ihm zu entkommen. Die Nachforschungen der Polizei sind bisher ergebnislos geblieben.

Ausbruch eines Bären aus dem Käfig. In dem Wiener Etablissement Konacher entkam Sonnabend ein Bär aus einem Käfig im Keller, drang in die Küche ein und brachte einer Abwaschfrau und einem Schankburschen schwere Verletzungen bei. Schließlich verletzte ein Dienstmann mit einer Keule dem Bären einen Schlag auf den Kopf, worauf das Tier betäubt in den Keller zurückließ, wo es durch etwa 60 Schüsse von herbeigeeilten Postkisten getötet wurde.

Gasexplosion. In Budapest erfolgte durch Gasausströmung infolge Unachtsamkeit eines Gasarbeiters im Hause Badgasse 1 eine Explosion, sodass die Mauern einstürzten. Unter den Trümmern wurde die aus neun Personen bestehende Familie der Witwe Moriz Schreiber begraben. Die Feuerwehr zog die Tochter Paula Schreiber, das Dienstmädchen und den Arbeiter Schweiner schwerverletzt hervor; die übrigen wurden nur leicht verletzt.

Kriegskorrespondent oder Kriegsgefangener? Der Korrespondent des Londoner „Daily Chronicle“ im türkischen Hauptquartier hat seinem Blatte einen Brief geschickt, der der Zeitung entgangen ist. Dieser Brief enthält lebhafteste Klagen über die Behandlung, die den Zeitungskorrespondenten durch die türkischen Behörden zu teil wird. Der Korrespondent berichtet darüber u. a.: Unsere Lage ist eine überaus mißliche, die Türken begehen schwere Verletzungen des internationalen Rechts. Einer meiner Kollegen, der Vertreter eines englischen Blattes, wurde von den türkischen Behörden so brutal behandelt, daß er

Keinen Paß verlangte. Dieser wurde ihm verweigert, und man drohte ihn zu verhaften, wenn er versuchen sollte, zu entkommen. Es ist eigentlich nutzlos hier zu bleiben, wir sollten wieder abreisen, doch werden wir mit Waffengewalt zurückgehalten. Die auswärtigen Regierungen sollten bei der Türkei wegen der Behandlung der Korrespondenten appellieren, daß diese nicht gleichsam gefangen gehalten würden. Als wir ankamen, willigte das Kriegsministerium ein, uns mit der Armee ins Feld ziehen zu lassen, der Minister erklärte sogar, daß er die Gegenwart von Korrespondenten wünsche, da die türkische Armee vor dem Auslande nichts zu fürchten habe, und er versprach den Korrespondenten, für sie zu sorgen, doch ist davon ebensowenig etwas zu sehen, wie von den mazedonischen Reformen. Die türkischen Behörden haben sich an diesen Versprechungen in keiner Weise gehalten, im Gegenteil, sie haben sogar verflucht, Korrespondenten englischer, französischer, russischer, deutscher und österreichischer Blätter ihrer Freiheit zu berauben. — Für diese schmachvolle Behandlung dürfen die Korrespondenten ihren Blättern allerlei sensationelle Meldungen über Siege fabeln, die nie erfolgten wurden. Auch für das Kriegführen gilt das Wort: Klappen gehört zum Handwerk!

Der „dienstliche“ Posten des Herrn Polizeiergeanten. Ein Stück Braunschweiger „Polizeiwohlfühlen“ gegen Arbeitervereinigungen ergab die Verhandlung gegen den Vorsitzenden des Theatervereins „Hans Sachs“, der das Gesetz betreffend die Abhaltung öffentlicher Tanzvergnügen von 1882, übertreten haben sollte. Der Theaterverein „Hans Sachs“ hielt am 14. Juni ein Vergnügen im Schützenhaus ab, zu welchem die fürsorgliche Polizei nur unter der Bedingung die Tanagerlaubnis erteilt hatte, daß Nichtmitglied des Vereins am Tanze nicht teilnehmen dürften. Die Leitung des Vereins, an verschiedene liebenswürdige Aufmerksamkeiten der Polizei schon gewöhnt, führte daraufhin eine strenge Kontrolle ein, um die polizeiliche Vorschrift zu erfüllen. Die Polizei war aber auf dem Posten, eine eventuelle Uebertretung zu ahnden. Sie schickte zwei Polizeiergeanten nach dem Vergnügen, die sich in der Maste harmloser Zivilisten Eingang zu verschaffen wußten. Der Polizeiergeant K. K. K. beteiligte sich sogar am Tanze. Er wollte mehrmals getanzt haben, bis ein Ordner des Vereins ihn anhielt und fragte ob er Mitglied sei. K. K. K. verneinte das, worauf ihm bedeutet wurde, er müsse entweder die passive Mitgliedschaft erwerben oder das Tanzen einstellen. Als K. K. K. sich weigerte, da er seinen Namen aus hegreiflichen Gründen nicht nennen wollte, mußte er gehen, wobei er darauf hingewiesen wurde, daß die Polizei dem Verein sonst Schwierigkeiten bereite. Dem Vereinsvorsitzenden sollte aber trotzdem ein Strich aus seinem durchaus korrekten Verhalten gedreht werden. Er erhielt einen polizeilichen Strafbescheid über 15 Mk. Geldstrafe. Nach dreimaliger Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde er zu 5 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der angehende Polizeiergeant aber mag allen Vereinsvorsitzenden zur Warnung dienen.

Schiffkatastrophen auf der Wolga. Von der Wolga werden zahlreiche Schiffkatastrophen durch das Auftreten starken Treibeises gemeldet. Der Passagierdampfer „Mladimir“, der etwa 80 Personen an Bord hatte, wurde von Eiszellen zerdrückt und sank langsam. Die Passagiere wurden bis auf zwei gerettet. Einige Lastkähne mit Petroleum und Bleierzen sind gesunken. Bei Jarislin kenterte eine Fährer in Folge der starken Eistrift. Von acht Bauern, die darauf fuhr, ertranken fünf. Vom oberen Lauf der Wolga wird Stillstand des Eises gemeldet. Zahlreiche Schiffe liegen bereits im Eis fest.

Gewaltige Unwetterkatastrophe in Mexiko. Die Städte Mexiko und Auehuallienango wurden am Donnerstag durch die Folgen des heftigsten Regens eingestürzten Ueberflemmungen fast völlig zerstört. Flüchtlinge melden, daß ein Viertel der Einwohner schon umgekommen sei.

Kesselexplosion auf einem Schiffschiff. Sechs Mann von der Besatzung des amerikanischen Schiffs „Vermont“ sind durch eine Kesselexplosion verbrüht worden. Zwei Heizer sind im Hospital gestorben.

Ein unangenehmer Namensvetter. Ein amerikanischer Gelehrter von einem brasilianischen Schulinsektor in Sao Joaquim da Costa da Serra entnimmt die „Beizerzeitung“ der „Koloniezeitung“ in Joinville. In die neugegründete Schulkasse kommt der neugeborene Schulinsektor, als der Vortragende Lehrer eben griechische Mythologie doziert. Um dem Schulkollegen zu imponieren, läßt der Lehrer die Knaben wiederholen. „Allo, wir haben gesehen, daß die alten Griechen für jede Tugend, jedes Tugend oder jede Naturbeschaffenheit oder Naturereignisse ihre besondere Gottheit schufen. Sagen Sie mir zum Beispiel (auf einen Schüler zeigend), was ist Diana?“

Schüler: „Diana ist die Göttin der Jagd.“
Lehrer zu einem anderen: „Was ist Minerva?“
Schüler: „Minerva ist die Göttin der Weisheit.“
Lehrer zum andern: „Was ist Hermes?“
Schüler: „Hermes ist der Gott der Kaufleute, Diebe, Spitzhaken und ...“
„W-aa-aa sagen Sie da?“ Schreit entsetzt der Schulinsektor, „wiederholen Sie das!“
Schüler: „Hermes ist der Gott der Kaufleute, Diebe, Spitzhaken und ...“
„Hell's Rauf!“ Schreit der außer sich geratene Inspektor. „Herr Lehrer, wie können Sie es wagen, unserer Jugend, den zukünftigen Trägern unserer glänzenden Republik, solche Schmähsachen gegen unseren allverehrten Herrn Präsidenten einzuflüßeln? (Brasilianisches Gewand werden gegenwärtig von Marschall Hermes geleitet. D. Red.) Sie sind Zivilist ... ein Zivilist, ja ... noch schlimmer als ein richtiger Zivilist! Ich ... ich werde Sie verhaften, ich ... ich ... suspendiere Sie ... Ungeheuer ... ich ... werde Sie kleinziehen ...“
Während er auf seinen Zylinde und seinen Stod zu, und schimpfend und schauernd verläßt er den Saal, gefolgt von teils verdutzten, teils höhnlich lachenden Schülern der in die griechische Götterlehre eingeweihten. — Lage vergehen, lange, lange Tage; der Inspektor telegraphiert; der Lehrer telegraphiert; Behörden telegraphieren; Fremde telegraphieren; Fremde telegraphieren. Endlich nach langen, qualvollen fünf Tagen kommt ein mächtig großes Handzeichen an den begeisterten Mythologen, in dem ihm kundtun wird, daß er ohne Sitzung des Gehalts ruhig weiter doziert soll, mit der letzten Andeutung, in Zukunft statt Hermes das Wort Merkur zu gebrauchen, da dieses eben doch weniger brasilianischen Klänge!

Literatur in Bayern. Das „Berichtblatt für den bayerischen Buchhandel“ bringt folgende Aufzählung einer literarischen Neuheit:

Was Konstantinopel vom Kriege hört. Aus Konstantinopel wird geschrieben: Ja, ihr in Konstantinopel, ihr habt jetzt immer die neuesten Meldungen über die Kriegslage aus erster Hand. Ihr seid nun am nächsten dabei! So klingen aus den Briefen der Freunde, die das erste Waffenspiel aus weiterer Ferne betrachten. O ja, wir sind am nächsten dabei! Und jeden Morgen, ehe wir an die Tagesarbeit gehen, bringt uns unser kleiner Türkenjunge, der natürlich selbst nicht einen Buchstaben lesen kann, den „Osmanischen Lloyd“. Und wir lesen von den neuen Siegen und Märchen ins Feindesland hinein. Und bald nach Mittag fauchen wir uns auf der Straße den „Stamboul“, der die französischen Interessen mit derselben Lebhaftigkeit vertritt, wie der „Lloyd“ die deutschen. Oder wir kaufen den englischen „Levant Herald“ oder den französischen geschriebenen, aber griechisch genonnenen „Moniteur oriental“. Wer's lesen kann, nimmt auch wohl den „Tachydromos“ oder den „Amoriktopos“, eins der meistgelesenen griechischen Blätter. Seltener sieht man einen Europäer, der die türkischen Schriftzeichen zu entziffern vermag. So läßt sich uns denn auf Grund der Zeitungslektüre, die hier sehr billig ist (eine Zeitung kostet immer 10 Para gleich 5 Centimes), unsere „Ansicht“ über den Verlauf des Krieges. Dann aber kommt dreimal wöchentlich der rumänische Dampfer hier an, unsere einzige schnelle Verbindung mit Europa; und kaum liegt er am Kai, so springen schon die Abgesandten der fremdländischen Postanstalten an Bord und eilen, mit großen Postkisten beladen, zu den Postanstalten. Dann bekommen wir auch die europäischen Zeitungen und lesen nun zu unserem größten Erstaunen, daß die anderen Staaten — nein, wirklich? Die haben auch von Siegen zu melden? Die Türken sind nicht Sieger auf der ganzen Linie? Sie sind noch nicht auf den Straßen Bulgariens? Ah! Und wir lernen, daß wir unsere hiesigen Zeitungen mit etwas kritischen Mienen, mit ein klein wenig Skeptis und Vorsicht lesen müssen. Es läßt sich nicht leugnen: die Türken haben von Anfang an mit einem Angriffskrieg gerechnet. Sie haben an einen schnellen Spaziergang nach Sofia geglaubt. Und da sehen die türkischen Zeitungen ein und berichten vom ersten Tage an und dann systematisch weiter vom Vormarsch der Türken. Und nur Siege gab es. Wenn alle Waffenerfolge, von denen die türkischen Blätter schon berichtet haben, wenn alle gefangenen und gefallenen Bulgaren, Serben, Montenegriner, wenn alle eroberten Geschütze, Munitionskisten, Gewehre usw. zusammengezählt würden, die Feinde hätten nach wenigen Kriegstagen schon nicht mehr viel übrig behalten. Und wie ein nach jeder Strophe wiederkehrender Refrain stand unweigerlich am Ende der Notiz über ein Zusammenreffen der Heere der Sog: Der Feind wurde vollständig geschlagen und mußte die Flucht ergreifen. Aber eines Morgens steht im Morgenblatt die druckgedruckte Ueberschrift: Die Kämpfe um Adrianopol. Adrianopol? Nicht Philippopol? Nein nicht Philippopol! Adrianopol ist aber doch türkisches Gebiet, gar nicht weit von Konstantinopel! Ganz richtig! Sätten wir nur besser verstanden, die Zeitungen zu lesen, wie man sie in Kriegzeiten lesen muß, dann wären wir nicht gar so überrascht.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Bizets „Carmen“ kam am Sonnabend in teilweise neuer Besetzung zur Wiederholung. Fräulein Karoll sang diesmal die Titelpartie. Die Künstlerin ist noch Anfängerin, jedoch eine solche, deren Zukunft man erwartungsvoll entgegensehen darf. Mit wohlklingenden Stimmgaben und einer vollblütigen Darstellungsbegehung ausgerüstet, wußte Fräulein Karoll auch noch da zu interessieren, wo ihre Charakterisierungskunst nicht ganz ausgereift erschien. Jedenfalls hat die junge Sängerin das Zeug — nicht nur die prachtvollen Kostüme — zu einer echten Carmen. Den José sang Herr Danger, ein nicht unympathischer Tenor, dessen Organ aufscheinend nicht sehr voluminös ist, der aber auch im Spiel etwas unbeholfen war, was gerade nach der grandiosen Leistung des Dänen Herold in der gleichen Rolle besonders anfallen mußte. Im Ganzen hinterließ die Vorstellung einen nachhaltigen Eindruck.

Autoliebchen, eine burleske Operette, deren Verfasser wohl kaum darauf rechnen, daß ihre Namen der Nachwelt unverloren bleiben, deren Komponist Jean Gilbert aber einige ganz gefällige Melodien geschrieben hat, von deren musikalischen Wert man allerdings nicht reden darf. Es ist eine tolle Sache, die sich da auf der Bühne abspielt, und die man ohne größere Ansprüche an die Kunst und an die Logik auf sich wirken lassen muß. Gewiß wird es manche Leute geben, die nicht ganz mit Unrecht meinen werden, daß das „Autoliebchen“ besser im Ganzen als im Stadttheater aufgeführt wäre; aber schließlich braucht auch das Stadttheater Publikum, und das letzteres nicht zu Samsen und Daila, zu „Figaros Hochzeit“ geht, ganz abgesehen von der ersten dramatischen Literatur, so müssen eben die Besucher des „Autoliebchen“ den Theaterbetrieb in Lübeck mit Unrecht erhalten helfen. Es nützt nichts, daß man über den Verfall der Kunst und des Theaters räsonniert; man muß auch in den Kunstkampfen hineingehen, wenn gute Stücke gegeben werden. Aber das tun die sogenannten Kunstfreunde nur in verschwindendem Maße. Wenn man sich bei Licht besieht, ist das „Autoliebchen“ überhaupt gar nicht so schlimm. Vor allen Dingen geht es sehr lustig darin zu, obwohl Zwei- und Eindringlichkeiten durchweg vermieden worden sind. In wirkungsvoller Situationskomik ist die Operette außerordentlich reich. Und man unterhält sich am Ende doch auch ganz gut bei Laßan, wenn er nur amüsiert ist. Als ganz ausgezeichnet muß die gefällige Wiedergabe des „Autoliebchen“ angesprochen werden. Auf der Bühne sprächen übermüdete Laune und der Frohsinn, die aufstrebend auf das ausverkaufte Haus wirken und in anhaltenden Lachfällen und hümischem Beifall ihr Echo fanden. Von den Mitwirkenden verdient in allererster Linie Herr Wegdecker als Lindenichmidt genannt zu werden, dessen Humor glänzte und dessen unwillkürliche Komik das ganze Stück trug. Allein die Leistung Wegdeckers löst einen Beifall des „Autoliebchen“. Von den übrigen Mitwirkenden, die nämlich ihr Bestes gaben, seien die Damen Kenner, Wolters, Gerlach, v. Neuen-dorf, Hilbrecht und Limann sowie die Herren Schorn, Schweisguth, Waulg und Bertou besonders genannt. Die Ausstattung war reich und farbenprächtig, das Spielmittel lebendig. Es ist wohl anzunehmen, daß das „Autoliebchen“ noch recht häufig vor gefülltem Theater seine „Schlager“ ertönen lassen und durch den ganz launen und froh ausgeführten „Zwoitop“ das Publikum erheitert wird. Weshalb auch nicht? Gung doch auch das hübsch-sentimentale „Alt-Heidelberg“ hier mehr als ein paar Tugend Mal über die Bretter, ohne daß die das Theater wühlenden „Kunstfreunde“ darüber Ohnmachtsanfälle erleiden hätten. Besser wäre es natürlich, wenn es nicht nötig wäre.

Literarisches.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitagess Chemnitz 1912. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. 5. Verlagsnummer 125 Mk., gebunden 1,75 Mk. Die Verhandlungen des Chemnitz Parteitagess sind nicht nur für jeden Parteimitglied, sondern für jeden Politiker überhaupt von

größtem Interesse. Von den mannigfachen Verhandlungsgegenständen erwähnen wir: Bericht des Parteivorstandes. — Die Lebensmittelsteuer. — Organisationsstatut. — Reichstagswahlen. — Stichwahlparole. — Bericht der Reichstagsfraktion. — Bergarbeiterstreik. — Imperialismus. — Waffener. — Internationaler Kongreß. — Ausschlußverfahren gegen Hildebrand. Das Protokoll ist durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs zu beziehen.

„In Freien Stunden.“ Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen durch alle Postanstalten, Expeditionen und Buchhandlungen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalkommunikation und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Abonnement pro Quartal 3 Mk. Einzelnummer 30 Pfg. Bestellungen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen.

„Es werde Licht.“ Von dieser in München im gleichnamigen Verlage erscheinenden Monatschrift ist das 1. Heft des 44. Jahrganges (Jeden erschienen). Dieses Heft enthält äußerst interessante Artikel, so u. a.: „Was bietet die freie Religion dem Geiste, dem Herzen und dem Willen“, „Bausteine zu neuer Pädagogik“, „Religiöser Doppelunterricht“, „Recht“ usw. usw. Der Abonnementpreis beträgt für 12 Hefte jährlich 4,25 Mark. Das Einzelheft kostet 40 Pfg.

Der Arbeiter-Kalender für das Jahr 1913 ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen, und zwar in etwas größerem Format als bisher. Neben dem üblichen Kalender-Adressen- usw. Material bringt der Kalender wichtige politische und gewerkschaftliche Informationen. So ist das Ergebnis der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl statistischer Betrachtungen Berücksichtigung gefunden. Auch die wichtige Bildungsfrage kommt in einem Artikel: „Arbeiterbildung und Bildungsarbeit“ aus der berufenen Feder des Genossen Heinrich Schulz zu ihrem Rechte. Ein sehr instruktiver Artikel des Genossen Emil Eichhorn beschäftigt sich mit der Reichsverfassung. Der Kalender wird wieder ein treuer Ratgeber jedes in der Partei oder Gewerkschaft tätigen Genossen sein. Der Preis beträgt 50 Pfg. Alle Buchhändler, Speditoren und Kolporteurs halten den Kalender vorräthig.

„Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens“ von Charles Richet, Professor an der Universität Paris. Einzige berechtigte Übersetzung von Verta von Suttner. Volk-Ausgabe, XIV und 212 Seiten. Preis 1 Mk., gebunden 1,60 Mk. Dresden und Leipzig, Verlag von Heinrich Minde. Das in höchstem Grade dankenswerte Werk des bekannten französischen Gelehrten beweist mit zwingender Logik, daß die Zukunft dem Frieden gehört. Der Verfasser schildert die Schrecken des Krieges als warmherziger Menschenfreund und widerlegt vortrefflich die verschiedenen Einwände der Kriegsanhänger. Daran anschließend stellt Richet folgerichtig und einleuchtend die Entwicklung zu bleibendem Frieden dar und zeigt, wie man die Abschaffung fast aller Kriege beschleunigen kann. Gerade in der jetzigen politisch erregten Zeit sollte das besonnene Buch allgemeintun werden. Dem Friedensfreunde bietet es eine wahre Fundgrube neuer Anregungen und Beweise. Wir verstehen Vertha von Suttner, die unermüdete Vorkämpferin der Friedensbewegung, die im Vorwort schreibt, es sei ihr ein Genuß gewesen, dieses Werk zu übersehen, dessen Anschaffung wir unersetzlich dringlichst empfehlen können.

Kurt Uram: „Mit 100 Mark nach Amerika“ nebst einem Katechismus „Praktische Ratschläge für Auswanderer“. Gebunden 1 Mark. Verlag J. Fontane & Co., Berlin-Grüne-wald. Die Zeiten sind vorüber, da das Wort „Nach Amerika“ eine Zauberkräft zu enthalten schien, die alle Bedenken wegen der Ungewißheit der Zukunft zu bannen imstande war. Heute weiß man, daß auch in den Vereinigten Staaten die gebräuterten Tauben einem nicht in den Mund fliegen, daß häufige Arbeitslosigkeit als Folge des großen Angebots von Menschenkräften dem Einwanderer befehlen ist, zumal wenn er mit törichtem Vorurteilen begüßigt der Wertschätzung seiner Person behaftet ist. Aber es ist etwas anderes, vom sicheren Hafen bürgerlicher Wohlstandigkeit theoretische Betrachtungen über diese Zustände anzustellen, als am eigenen Schicksal zu erfahren, wie es dort drüben zugeht. Nur wer die Anschauung aus persönlicher Erfahrung gewonnen, wer das Durchkosten aller Empfindungen, die solches Auf und Nieder mit sich bringt, erfahren hat, vermag andere, die sich in ähnliche Lagen begeben möchten, zu belehren und zu warnen. Es war daher ein glücklicher Gedanke, daß der bekannte Schriftsteller Kurt Uram sich auf Veranlassung der Redaktion der „Gartenlaube“ bereit erklärte, das Experiment anzustellen: wie ergiebt es drüben einem Einwanderer, der nur seine rohe Arbeitskräft mitbringt und des Englischen nicht mächtig ist? Mit 100 Mark, der für die Landungs-geldbescheinigung vorgeschriebenen Minimalsumme, und mit einer Zwischenfahrtkarte ausgerüstet, hat Uram sich auf den Weg gemacht und mehrere Monate hindurch aus dem Er-trage seiner Hände Arbeit seine Existenz bestritten. Er bietet die von diesen Erlebnissen berichtenden Aufsätze jetzt dem deutschen Publikum in einer kleinen Schrift dar: „Mit 100 Mark nach Amerika“, die es verdient, als echte Volksschrift in den weitesten Kreisen verbreitet zu werden. Nach zum Teil qualvoller Ueberfahrt betritt er das Land, die gefährdete Einwandererstation Ellis Island, wo ihm und seinen Reisegefährten gleich drastisch zu Bewußtsein geführt wird, daß das an Menschen geächtete Amerika wenig Wert auf solchen Zuwachs wenig bemittelter Leute legt. Dann beginnt vom elenden Logierhaus aus die Jagd nach der Stellung. Nur einen Posten, ganz gleich welcher Art, nur die Sicherheit, weiter das Leben fristen zu können. Der Mangel an Englisch ist das größte Hindernis, und wer weiß, ob Uram nicht das Experiment im frühen Stadium hätte aufgeben müssen, wäre nicht der Logiswirt so menschenfreundlich gewesen, ihm einen Ausschüßsposten nachzuweisen. Und dann geht es bald mit Hilfe inzwischen gesunderer Landsleute weiter, von Stellung zu Stellung, ohne jedoch das Sprungbrett zu erhalten, von dem aus er sich zu höherer sozialer Stellung hätte aufschwingen können. Einmal lächelt ihm seinbar das Glück, aber der Besucher lieg durchblicken, daß moralische Anwandlungen bei seinen häusergeschäften überflüssiger Luxus wären, und der noch moralisch gebliebene Europäer zieht den Wanderstab weiter. Endlich, nach Monaten, kehrt er zu seiner Kultur zurück — er hatte genügend erfahren, wie schwer es ist, dort drüben sein Glück zu machen. Niemand wird diese Schilderungen ohne Interesse und Bewegung lesen, die Analyse der seelischen Depressionen zeigt den trefflichen Menschenbildner in vollstem Glanze. Auf die politischen und sozialen Verhältnisse der Vereinigten Staaten fallen zahlreiche Schlaglichter, namentlich auch was Polizei und Justiz betrifft. Sehr zu loben ist, daß Uram seinem Werke noch dadurch einen weiteren, ganz besonders praktischen Wert gegeben hat, daß er kurze Ratschläge für die Auswanderungslustigen aufstellt. Die Verlagshandlung hat dem Buch ein recht ansprechendes Aeußeres verliehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwanke, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.